

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 15. Sitzung des Verkehrsausschusses findet am

Dienstag, 13.02.2024, 17:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2023

2. Fragestunde

2.1 Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt - Anfrage der FDP- Fraktion

2.2 Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt - Anfrage der FDP- Fraktion

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Absenkung von Bordsteinen - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

3.2 Anpassung der Parkordnung in der Achenbacher Straße in Siegen - Antrag der FDP- Fraktion

3.3 Einrichtung einer Hol- und Bringzone im Bereich der Herrenfeldstraße/ Brücken- straße in Siegen- Weidenau - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

3.4 Verbesserung der Parksituation für Frauen, die unmittelbar vor der Entbindung stehen, im Bereich des Geburtshauses Siegen und des St. Marien-Krankenhauses Siegen -Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

3.5 Einrichtung einer Einbahnstraße in der Rathenaustraße, Kaan-Marienborn - Antrag der UWG- Fraktion

3.6 Zusatzschild „Elektrokleinstfahrzeuge frei“ (Schild: P-2810) / Zusatzschild „Fahrrad frei (Schild: 1022-10) -Antrag der Volt-Fraktion

4. Neuorganisation der Europastraße, hier: Vorstellung der Planung

-
5. **Sitzungstermine 2024 für den Verkehrsausschuss
Sitzungskalender 2024**
 6. **Sitzungstermine Arbeitskommission**
 7. **Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der
Universitätsstadt Siegen am 28.11.2023**
 8. **Lärmaktionsplanung Siegen, Stufe 4**
 - B. **NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**
 1. **Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2023**
 2. **Sachstand Umweltspuren**
 3. **Verschiedenes**
 4. **Mitteilungen an die Presse**

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Die öffentlichen Unterlagen stehen auf www.siegen-stadt.de zur Verfügung.

Siegen, 26.01.2024

Der Bürgermeister

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung des Verkehrsausschusses

vom: **13.02.2024**
von: **17:00 Uhr**
bis: **18:13 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Verkehrsausschuss:

Stv Eckhardt, Klaus	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	- bis 18.57 Uhr
Stv Englert, Franz	
Stv Heilmann, Martin	
AM Jagielski, Olaf	
Stv Jung, Angela	
AM Köckritz, Thomas	(GfS- Sitz)
AM Korczak, Dominik	vertritt Waidmann, Maik
AM Krüger, Jannik	
AM Neumann, Thomas	
AM Römer, Guntram	vertritt Kamieth, Jens
Stv Schneider, Silke	
Stv Schoew, Torsten	
AM Semper, Manfred	vertritt Müller, Manfred
Stv Steffe, Roland	
AM Vogt, Christian	
AM Weißelberg, Andreas	vertritt Stinner, Jürgen

Beratende Mitglieder:

AM Becker, Lothar	- bis 18.44 Uhr
AM Eckmann, Uwe	
AM Gebhardt, Ralf	

AM Schiffmann, Peter
Stv Six, Annette
AM Tobisch, Daniel
AM Wied, Stefan

Als Zuhörer:

AM Dr. Kremer, Jens
AM Schmitt, Jens

Von der Verwaltung:

StBR Schumann	- bis 18.13 Uhr
VA Hinkel	- AbtL 4/1
VA N. Becker	- AGL 4/1-4
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Frodl, Rüdiger	
Stv Kamieth, Jens	vertreten durch AM Römer, Guntram
AM Müller, Manfred	vertreten durch AM Semper, Manfred
IntrRM Neumann, Natalia	
AM Opterbeck, Ralf	
Stv Stinner, Jürgen	vertreten durch AM Weißelberg, Andreas
AM Waidmann, Maik	vertreten durch AM Korczak, Dominik

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

15. VerkA 13.02.2024

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

15. VerkA 13.02.2024

2.1 Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt - Anfrage der FDP- Fraktion

Vorlage Nr. AF 1301/2023

Vorlage Nr. AF 1301/2023 A

Herr Hinkel trägt die Antwort der Verwaltung vor, die dem Ausschuss vorab im Rahmen der Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt worden ist.

- *Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Aufrechterhaltung des Fahrverbotes in der Siegener Oberstadt zur Kenntnis.*

15. VerkA 13.02.2024

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Absenkung von Bordsteinen - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Vorlage Nr. AT 299/2023

Herr Neumann erläutert die Gründe für die Antragstellung und bittet den Ausschuss um ein positives Votum.

Die Verwaltung setze dies bereits um. Als Ziel hatte man Ende 2024 ins Auge gefasst, durch die Cyberattacke könne sich dies jedoch verzögern. Im Sommer erfolge ein Bericht über den Zwischenstand. Die Verwaltung arbeite das Konzept auf. Unabhängig davon könnten sich Betroffene bereits seit Jahren bei Bedarf melden. Die Verwaltung unterstütze relativ zügig durch Bordsteinabsenkungen und sonstigen Hilfen, so Herr Hinkel.

Es sollte nicht dem Ansatz der Verwaltung gefolgt werden, eine Umsetzung nur bei Bedarf vorzunehmen, sondern grundsätzlich so, wie es beantragt worden sei. Sie würde sogar den Antrag noch dahingehend erweitern, dass bei stattfindenden Baumaßnahmen die Umsetzung sofort erfolgt, so Frau Jung.

Da er die Verwaltung so verstanden habe, dass Plan und Wille vorhanden seien, brauche es den Auftrag zur Konzepterstellung nicht mehr. Man solle die Verwaltung ihren Plan weiter umsetzen lassen und sofern dieser zur Verfügung stehe, diesen der Niederschrift beifügen, so Herr Krüger.

Der Antrag zeige eine klare Zielvorstellung, welche nachhaltig und sukzessive verfolgt werden sollte. Personen mit eingeschränkter Mobilität sollten keine Nachteile haben, auch für kleine Kinder gehe es um den Sicherheitsaspekt, so Herr Jagielski.

Einem Zwischenstand in einer der nächsten Sitzungen stimmt Herr Neumann zu, möchte aber dennoch beim Beschlussvorschlag verbleiben. Sollte man aufgrund des Zwischenberich-

tes der Meinung sein, Ende 2024 sei nicht erreichbar, könne man eine Verlängerung festlegen.

Generell baue die Verwaltung bei Baumaßnahmen Querungsstellen barrierefrei um. Bei neuen Anträgen auf Fußgängerüberwege oder Querungen sei dies sowieso verpflichtend, so Herr Hinkel. Es gebe aber auch noch nicht ausgebaute Querungsstellen. Vor dem Hintergrund von Personal- und Finanzkapazitäten befürworte er das Eruiieren vor Ort noch nicht umgebaute Querungsstellen und die Aufstellung eines Konzeptes.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2024 einen Plan für die sukzessive Absenkung aller Bordsteine in Kreuzungsbereichen zu erstellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

3.2 Anpassung der Parkordnung in der Achenbacher Straße in Siegen - Antrag der FDP- Fraktion

Vorlage Nr. AT 314/2023

Herr Hinkel informiert, man befinde sich im Kurvenbereich, aufgrund der Sichtverhältnisse könne das Parken im Straßenbereich oder auf dem Gehweg nicht zugelassen werden. Unabhängig davon sei das Parken auf dem Gehweg aufgrund der Breite des Gehweges von max. 1,70 m nicht möglich, da die erforderliche Restgehwegbreite nicht gewährleistet werden kann.

An der sich ergebenden Aussprache beteiligen sich die Herren Krüger, Heilmann, Schoew und Eckhardt sowie Frau S. Schneider.

In der Aussprache wird angesprochen:

- Unabhängig von der Kurvensituation seien bei der im Antrag genannten Örtlichkeit abgesenkte Bordsteine vorhanden. Bei abgesenkten Bordsteinen sei das Parken gesetzlich untersagt.
- Unabhängig davon, ob das Parken gestattet sei oder nicht, sei die Stelle gefährlich, so dass sich die Verkehrskommission die Örtlichkeit ansehen sollte. Es gehe um die Entschärfung der Verkehrssituation im Kurvenbereich. Es seien Neubauten entstanden, so dass man sich die aktuelle Situation ansehen sollte.
- Da das bestehende Parkverbot bei abgesenkten Bordsteinen weitgehend unbekannt sei, wird angeregt, ergänzend eine Parkverbotsbeschilderung aufzustellen.
- Die Achenbacher Straße sei sowohl in der Arbeitskommission als auch im Verkehrsausschuss mehrfach Thema gewesen. Es erfolgt der Vorschlag aufgrund der Gefährlichkeit der Örtlichkeit Parkflächen entfallen zu lassen.

- Es wird auf die bestehende Gesetzeslage verwiesen und darauf, dass die Örtlichkeit bereits betrachtet worden sei.
- Aufgrund des Vorschlages, die Gefährdungslage durch Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/ h zu entschärfen, wird seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass auf einer klassifizierten Straße 30 km/h nicht zulässig sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen ob es möglich ist, im Bereich der Achenbacher Straße Nr. 151 bis 153 das halbseitige Parken von PKW auf dem Gehweg zu erlauben.

Beratungsergebnis: Bei 1 Ja-Stimme (FDP) mehrheitlich dagegen

15. VerkA 13.02.2024

3.3 Einrichtung einer Hol- und Bringzone im Bereich der Herrenfeldstraße/ Brückenstraße in Siegen- Weidenau
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Vorlage Nr. AT 317/2023

Das Konzept der Hol- und Bringzonen sei zunächst generell für Grundschulen vorgesehen. Kinder würden gebracht, steigen aus und gehen alleine zur Schule. Bei Kitas stelle sich die Situation anders dar, da dort die Eltern parken und ihre Kinder in die Kita bringen müssen. Aufgrund der längeren Parkvorgänge sei das Konzept der Hol- und Bringzonen nicht problemlos auf andere Bereiche auszuweiten. Die Verwaltung werde sich aber die Situation ansehen, sofern dem Antrag zugestimmt werde, so Herr Hinkel.

Eine solche Möglichkeit bei Kitas sei zu begrüßen, vor allem auch die Schaffung entsprechender Sicherungen an der viel befahrenen Weidenauer Straße, damit die Kinder sicher in die Kitas gelangen. Der Hinweis der Verwaltung sei korrekt, dennoch wäre es gut, wenn Möglichkeiten geprüft würden. Als kurzfristige oder mittelfristige Maßnahme wolle er noch mitgeben, dass die Kitas die Eltern über vorhandene Parkflächen im Umfeld informieren sollten. Der Fußweg sei Eltern und Kindern zuzumuten, so Herr Krüger.

Herr Dr. Kremer weist darauf hin, dass die Herrenfeldstraße aufgrund ihrer Bedeutung für den Radverkehr Siegens erste Fahrradstraße war. Man sollte daher alle Maßnahmen, die mehr Autoverkehr in die Straße hole auch unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung die Einrichtung einer Hol- und Bringzone im Bereich der Herrenfeldstraße/Brückenstraße gründlich zu prüfen.

Beratungsergebnis: Bei 1 Gegenstimme/ Grüne (AM Korczak) und 4 Enthaltungen
(Grüne/ FDP) mehrheitlich dafür

15. VerkA 13.02.2024

3.4 Verbesserung der Parksituation für Frauen, die unmittelbar vor der Entbindung stehen, im Bereich des Geburtshauses Siegen und des St. Marien-Krankenhauses Siegen
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Vorlage Nr. AT 318/2023

Herr Jagielski erläutert den Antrag.

Frau S. Schneider befürwortet den Antrag, fragt aber, ob mit der Klinik oder dem Geburtshaus abgestimmt worden sei, wo diese Parkplätze ausgewiesen werden sollten, um möglichst auf direktem Weg zum Kreißaal zu gelangen.

Frau Jung geht davon aus, dass die Fahrzeuge zum dauerhaften Parken anderweitig abgestellt werden. Alles andere sei für sie kontraproduktiv.

Er sei darauf hingewiesen worden, dass man in den Bereichen, wo die sogenannten „Storchenparkplätze“ eingerichtet werden sollen, vorhandene Schlaglöcher nicht außer Acht lassen sollte, so Herr Neumann.

Herr Hinkel meint, zwei solcher Parkplätze seien bereits eingerichtet, er werde dies prüfen.

Sei dies der Fall, sei der Antrag obsolet, so Herr Jagielski.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, dass die Stadtverwaltung zur Verbesserung der Parkplatzsituation für Frauen, die unmittelbar vor der Entbindung stehen, vor dem neuen Geburtshaus Siegen, Friedrichstraße 106, 57072 Siegen und dem St.-Marien-Krankenhaus Siegen, Kampenstraße 51, 57072 Siegen insgesamt zwei „Storchenparkplätze“ ausweist.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

3.5 Einrichtung einer Einbahnstraße in der Rathenaustraße, Kaan-Marienborn
- Antrag der UWG- Fraktion

Vorlage Nr. AT 330/2023

Herr Eckhardt schlägt vor, den Antrag zur vorherigen Beratung an den BezA III Siegen-Ost zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen verweist den Antrag zur vorherigen Beratung an den Bezirksausschuss III.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

**3.6 Zusatzschild „Elektrokleinstfahrzeuge frei" (Schild: P-2810) / Zusatzschild
„Fahrrad frei (Schild: 1022-10)
-Antrag der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AT 323/2023

Bei den im Antrag genannten Bereichen handele es sich um Fußgängerzonen, die auch relativ eng seien, so Herr Hinkel. Er sei der Auffassung Fußgängerzonen gehörten den Fußgängern. Er sehe auch Probleme mit den verschiedenen Verkehrsträgern in den steilen Bereichen. Die Verwaltung werde dies prüfen, aufgrund der Widmung für Fußgänger vermute er jedoch, dass es rechtlich keine Möglichkeit gebe.

Herr Krüger erläutert den Antrag, dessen Ziel die Prüfung sei, in welchen Fußgängerbereichen Radverkehr zugelassen werden könnte und in welchen Bereich, wo aktuell Fahrradverkehr freigegeben sei, man Elektro-Kleinstfahrzeuge zulassen könne. Es sei nicht beabsichtigt, den Fußgängerverkehr zu gefährden. Breite Gehwege sollten z. B. übergangsweise in Betracht gezogen werden, da die Fahrradstruktur in Siegen noch nicht vollständig ausgebaut sei. Die Bereiche, die die Verwaltung als machbar identifiziere, sollten beschildert werden.

Es ergibt sich eine kontroverse Diskussion, an der sich Frau S. Schneider und Frau Jung sowie die Herren Krüger, Schoew, Steffe, Englert, Heilmann und Korczak beteiligen.

Die Diskussion wird wie folgt zusammengefasst:

- Unklarheiten bestehen, was unter Elektro-Kleinstfahrzeugen konkret zu verstehen ist. E-Rollstühle seien in Ordnung, bei E-Rollern besteht Skepsis und kleine E-Autos hätten in einer Fußgängerzone nichts zu suchen.
- Durch eine solche Freigabe erhöhe sich das Gefährdungspotential im Vergleich zu dem, wie es bereits jetzt durch die Radfahrer vorhanden sei. Der Antrag sollte abgelehnt werden.
- Fußgängerzonen seien für Fußgänger vorgesehen. Die genannten E-Fahrzeuge seien nicht geeignet, neben älteren Mensch, Kindern etc. in Fußgängerzonen zugelassen zu werden.
- Es wird darauf hingewiesen, dass in mancher Sitzung darum gekämpft worden sei, dass Fußgängerzonen das auch bleiben. Aus diesem Grund habe man sich gegen eine Öffnung ausgesprochen. Es wird die Bitte geäußert, dies beizubehalten.
- Es gehe im Antrag um einen Prüfauftrag. Als Ergebnis könne die Verwaltung zum Ergebnis kommen, dass in einigen Bereichen die Möglichkeit gegeben sei, in anderen jedoch

nicht. Hinsichtlich der Geschwindigkeit würden sich die meisten Radfahrer in den Fußgängerzonen rücksichtsvoll gegenüber dem Fußgänger verhalten. Es gehe darum, dort E-Scooterfahrern ebenfalls einen Verkehrsweg zu geben.

- Die grundsätzliche Freigabe überbreiter Gehwege für Radfahrer wird aufgrund des Vorhandenseins von Absenkungen, Laternenmasten, unebener Gehwegbeschaffenheit etc. kritisch gesehen. Eine diesbezügliche Prüfung sollte die Verwaltung mit Fingerspitzengefühl vornehmen.
- Die Freigabe der Bahnhofstraße vor ca. 12 Jahren sei zum einen aufgrund fehlender Fahrradwege und -verbindungen erfolgt, vor allem in Ost-West-Richtung, zum anderen aber auch deshalb, damit die Radfahrer nicht außen herum und über Kochs Ecke fahren müssen. Die Fahrt durch die Bahnhofstraße sei unspektakulär, häufig seien mehr Autos unterwegs als Radfahrer. Ein tolerantes Miteinander müsse möglich sein und sei in der Bahnhofstraße auch vorhanden.
- Beim Prüfauftrag sollte zwischen Radfahrern und Rollerfahrern differenziert werden. Rollerfahrer könnten in Fußgängerzonen gefährlich werden.
- Es wird die Frage aufgeworfen, warum eine Prüfung eines von vorneherein „unsinnigen“ Antrages durch die Verwaltung überhaupt erfolgen solle. In diesem Fall könne man sich auch gegen einen Prüfauftrag aussprechen. Es spreche nichts gegen das Absteigen vom Fahrzeug und dem Schieben, z. B. in der Fußgängerzone Weidenau.
- Die Mikromobilitätslösungen, um die es im Antrag gehe, seien dazu gedacht, die sogenannte letzte Meile möglich zu machen, wo der ÖPNV nicht vorhanden sei oder nicht den Ansprüchen genüge, die die Zivilbevölkerung sich wünsche. Der Trend gehe zu E-Mobilität und zu Kleinstlösungen. Man sollte dem keinen Riegel vorschieben und sich in anderen Städten Lösungen anschauen, um sich nicht den Weg zu versperren, Elektromobilität in die Stadt zu holen.

Herr Hinkel beantwortet sich in der Aussprache ergebende Fragen. Zum Antrag weist er darauf hin, dass es jährlich Beschwerden aufgrund von Konfliktsituationen in der Bahnhofstraße gebe.

Sollte der vorliegende Prüfauftrag beschlossen werden, sei dieser nicht umzusetzen, da keine klare Definition der zu untersuchenden Bereiche vorliege. Um irgendwie zu einem Ergebnis zu kommen, bittet er darum, den Antrag zu konkretisieren.

Beschluss:

~~Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen wird beauftragt, Wege und Flächen zu identifizieren, auf denen sich aus Sicht der Verwaltung neben Fahrradverkehr und/oder Fußverkehr auch Elektrokleinstfahrzeuge fortbewegen dürfen (z. Fußgängerzone Unterstadt, Kölner Straße, Fußgängerzone Geisweid, Fußgängerzone rund um SIC, Bürgersteig Spandauer Straße. Diese Flächen sollen entsprechend beschildert werden.~~

~~Die Verwaltung wird beauftragt, Wege und Flächen zu identifizieren und zu beschildern, auf den sich neben Fußverkehr auch Fahrradverkehr fortbewegen dürfen (z. B. Fußgängerzone Unterstadt, Kölner Straße, Fußgängerzone Geisweid, Fußgängerzone rund ums SIC). Diese Flächen sollen entsprechend beschildert werden.~~

Beratungsergebnis: Aufgrund des letzten Hinweises der Verwaltung wird der Antrag seitens der Volt-Fraktion zurückgezogen, um diesen zu überarbeiten, parteiintern die Bereiche zu spezifizieren und im Anschluss erneut einzubringen.

15. VerkA 13.02.2024

4. Neuorganisation der Europastraße, hier: Vorstellung der Planung

Vorlage Nr. VL 1625/2025

Zunächst erläutert Herr Hinkel anhand eines Planes die der Verwaltungsvorlage zugrundeliegende Planung der Neuorganisation der Europastraße.

In der Planung noch nicht mit angedacht sei der unter TOP 7 noch anstehende Beschluss über den Wegfall der Fußgängerzone vor der Hauptpost, so Frau Jung. Sollte der Beschluss gefasst werden, müsse dies bei den Markierarbeiten berücksichtigt werden. Des Weiteren sei im Dezember beschlossen worden, für die Europastraße ein Konzept zu entwickeln, um das Thema „Europa“ zu besetzen. Bevor Markierungen angebracht würden, müsste dieses Konzept mit bedacht werden.

Der Beschluss, Europa in diesem Bereich mit zu bedenken, sei nicht vergessen. Zeitlich sollen die vorgestellten Beschilderungen und Markierungen jedoch noch vor dem Stadtfest umgesetzt werden, um die Kosten, die für die provisorische Änderung der Fahrbeziehungen während des Stadtfestes anfallen würden, einzusparen. Sollten zum Thema Europa bis dahin Maßnahmen feststehen, könne dies mit aufgenommen werden, ansonsten könne dies auch im Nachgang erfolgen, so Herr Hinkel.

Zum Thema Europastraße habe die SPD-Fraktion noch das Anliegen zu prüfen, ob bei der dort ansässigen Augenklinik zwei Kurzparkplätze möglich seien, um frisch behandelte Patienten abholen zu können, so Herr T. Neumann.

Herr Becker regt an, Personen, die über einen Schwerbehindertenparkausweis verfügen, die Einfahrt zu gestatten, um die Augenklinik und die ansässigen Apotheken anfahren zu können und die Ausfahrt Richtung City Galerie mit einer Zusatzbeschilderung zu ermöglichen.

Bereits jetzt sei die Einfahrt mit der Ausnahmegenehmigung für Behinderte möglich, das Parken jedoch nicht. Mit Umgestaltung der Fürst-Johann-Moritz-Straße sei aber auch die Wiedereinrichtung des Behindertenparkplatzes, der baustellenbedingt derzeit nicht vorhanden sei, vorgesehen, so Herr Hinkel. Auf Nachfrage bestätigt er auch das Bestehenbleiben der Behindertenparkplätze vor der Post.

Auf die Frage von Herrn T. Neumann nach der Möglichkeit, die Busspur, als Umweltspur auszuweisen, führt Herr Hinkel aus, dann brauche man keine Gegenläufigkeit, da der Individualverkehr nicht über die Busspur fahren dürfe und somit nicht einfahren könne.

Die Europastraße erhalte beiderseitig Schutzstreifen für Fahrräder, so Herr Eckmann. Daraus ergebe sich die Frage, ob die VWS vorsehen könne, den Ausstieg vor dem „Hansahaus“, auf den ZOB zu verlegen. Dadurch könne ein schnelleres Umsteigen und Erreichen des Bahnhofs ermöglicht werden.

Zur Fürst-Johann-Moritz-Straße bringt er die Hoffnung zum Ausdruck, dass das Rechtsabbiegebot mit der Zusatzbeschilderung „Radverkehr frei“ versehen wird.

Herr Wied bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorabbeteiligung und Einbindung bei der Planung. Zur Frage von Herrn Eckmann führt er aus, die Fahrgäste würden am Hansahaus bei den Linien aussteigen, die anschließend direkt zum Busbereitstellungsplatz fahren. Daher sei diese Haltestelle notwendig.

Man sei für die Planung, hoffe aber, dass der Parkverkehr, der an der einen oder anderen Stelle bestehe, auch geahndet werde, sofern das Wildparken noch stattfinden sollte. Durch die weitere Ausfahrt vom ZOB könne wesentlich besser die Verkehrsabwicklung im Busverkehr erreicht werden kann, da es gerade in Spitzenzeiten Am Bahnhof entlang der City Galerie bzw. in der Berliner Straße aufgrund einer Vielzahl gleichzeitig ausfahrender Busse zu Rückstau komme. Man werde im Einzelfall prüfen, ob die eine oder andere Linie vielleicht dort ausfahren könne und die Schleife über das Kölner Tor vermieden werden könne.

Die Frage von Frau S. Schneider, ob die Europastraße beiderseits mit Haltverboten versehen werde, verneint Herr Hinkel, da dies gesetzlich bereits geregelt sei. Auf den Schutzstreifen dürfe nicht geparkt werden.

Sich im Rahmen der Aussprache ergebenden Detailfragen zur Planung werden durch Herrn Hinkel abschließend beantwortet.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt die Umsetzung der vorliegenden Planung zur Neuorganisation der Europastraße gemäß der Anlage 1.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

5. Sitzungstermine 2024 für den Verkehrsausschuss Sitzungskalender 2024

Vorlage Nr. VL 1602/2023

Beschluss:

- *Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Sitzungstermine des Verkehrsausschusses wie folgt zur Kenntnis:*

13.02.2024
16.04.2024
25.06.2024
10.09.2024
05.11.2024
10.12.2024

15. VerkA 13.02.2024

6. Sitzungstermine Arbeitskommission

Vorlage Nr. VL 1647/2024

Herr Krüger bittet noch einmal den Zeitpunkt des Beginns der Arbeitskommission zu besprechen. Die Argumentation der Helligkeit sei ihm bekannt, dennoch rege er an, den Beginn auf 16.00 Uhr zu verschieben. Dies wäre deutlich arbeitsfreundlicher.

Herr Eckhardt spricht sich gegen das Verschieben des Beginns aus.

Der Zeitpunkt des Beginns sei nicht nur wegen der Helligkeit bzw. der Dunkelheit festgelegt worden. Starte man später, komme man in den Berufsverkehr. Durch die Verkehrsdichte könnten dann eventuell nicht mehr so viele Bereiche angefahren werden oder man benötige mehr Zeit, so Herr Englert.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss der Universitätsstadt Siegen stimmt den Sitzungsterminen der Arbeitskommission für das Jahr 2024 zu und legt sie wie folgt fest:

12.03.2024
28.05.2024
20.08.2024
01.10.2024
26.11.2024

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7. Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Universitätsstadt Siegen am 28.11.2023

Vorlage Nr. VL 1606/2023

Der Verkehrsausschuss geht die Empfehlungen der Arbeitskommission im Einzelnen durch:

7.1 Hohe Straße Unechte Einbahnstraße

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, die unechte Einbahnstraße in der Hohe Straße nicht aufzuheben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7.2 Lämmergasse

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, ein Piktogramm anzubringen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7.3 Festlegung allgemeiner Gehwegbreiten

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, die allgemeine Restgehwegbreite von 1,50m im nächsten Verkehrsausschuss durch eine Vorlage beschließen zu lassen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7.4 Friedenstraße Anfrage Parken auf dem Gehweg durch Zeichen 315 StVO erlauben

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, die Verwaltung zu beauftragen, einen detaillierten Plan für die Zulässigkeit des halbseitigen Parkens auf dem Gehweg zu erstellen und den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung der Arbeitskommission zu vertragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7.5 Europastraße – Fußgängerzone Post

Frau Jung bittet bei der Markierung der Parkplätze entsprechende Durchgangsbreiten für die Nutzer der Treppenanlage zur oder von der Hufeisenbrücke zu berücksichtigen.

Zur Nachfrage nach der Bewirtschaftung führt Herr Hinkel aus, die Parkplätze sollten für die Postnutzer zur Verfügung stehen. Da man befürchte, dass eine zu lange Parkzeit zu einer Zweckentfremdung führe, habe man eine Parkzeit von 15 Minuten vorgesehen, werde aber das Ganze weiter beobachten.

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, die Fußgängerzone aufzuheben und Kurzzeitparkflächen auszuweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7.6 Amtlich gekennzeichnete Feuerwehrezufahrt

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, die Feuerwehrezufahrten einheitlich auszuschildern.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

7.7 Am Nöchel – Grundschule Birlenbach Einrichtung Einbahnstraße auf Probe

Herr Eckmann befürwortet die Einrichtung der Einbahnstraße, stellt sich aber die Frage in welche Richtung.

Frau Becker informiert, die Einbahnstraße werde zum Friedhof hin eingerichtet.

Herr Hinkel ergänzt, es gehe um die gefährlichen Situationen für die Schulkinder an dieser Stelle. Weiter gehe es um die Frage, wie der Friedhof frequentiert sei und wie die Nutzer zum Friedhof kommen. Mit allen Beteiligten sei die Situation besprochen worden und man habe sich der Mehrheit angeschlossen und die Einrichtung in diese Fahrtrichtung vorgesehen.

Beschluss

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Empfehlung der Arbeitskommission zu, für ein Jahr eine provisorische Einbahnstraße einzurichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

8. Lärmaktionsplanung Siegen, Stufe 4

Vorlage Nr. VL 1651/2024

Herr Schumann informiert, die Vorlage sei bereits im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie (AfUKE) beraten worden. Redaktionell weist er auf den Hinweis im AfUKE hin, das Parkleitsystem der Universitätsstadt Siegen als Maßnahme mit aufzunehmen. Dies sei jedoch als Maßnahme in der Verwaltungsvorlage bereits enthalten.

Zum Thema Geschwindigkeitsreduzierung schlägt Herr Krüger vor, den Punkt Tempo 30 bei allen Straßen als Option aufzunehmen.

Herr Hinkel verweist darauf, unter 3.2 der Anlage unter den Ziffern 3 und 4 werde auf das Geschwindigkeitskonzept und die Geschwindigkeitsreduzierung hingewiesen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt vorliegendem Entwurf der Lärmaktionsplanung der 4. Stufe der Universitätsstadt Siegen zu und beauftragt die Verwaltung mit der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. VerkA 13.02.2024

gez. Eckhardt
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	02.11.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

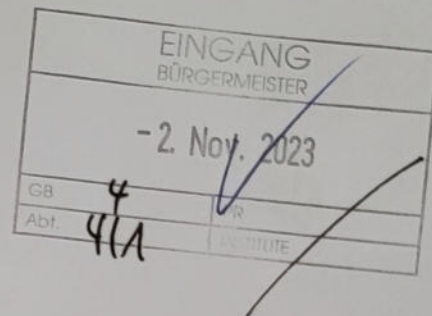
**Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt
- Anfrage der FDP- Fraktion**

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-stadtsiegen.de
 Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den Vorsitzenden
 des Verkehrsausschusses
 der Universitätsstadt Siegen
 Herrn Klaus Eckhardt
 Rathaus Siegen
 Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 30.10.2023

Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt

Sehr geehrter Herr Eckhardt,
 sehr geehrte Damen und Herren,

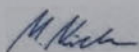
in der so genannten Oberstadt der Universitätsstadt Siegen besteht ein Fahrverbot für Motorräder.

Kradfahrer fühlen sich durch diese Regelung ausgegrenzt und benachteiligt, da zum Beispiel KFZ mit Klappenauspuffanlagen, die in der Regel deutlich lauter sind als ein herkömmliches Krad, die Oberstadt ohne Einschränkung befahren dürfen. Das bedeutet eine erhebliche Lärmbelastung.

Fragen:

1. Warum werden Autos und Motorräder unterschiedlich betrachtet?
2. Was rechtfertigt das Fahrverbot für Motorräder in der Siegener Oberstadt?
3. Welche rechtliche Grundlage wird hierzu herangezogen?
4. Wann ist eine Gleichstellung für Motorräder zu erwarten.

Mit freundlichen Grüßen
 Markus Nüchtern



Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	02.11.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

**Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt
- Anfrage der FDP- Fraktion**

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie folgt:

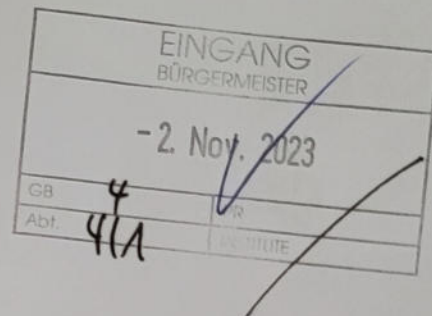
Rechtlich betrachtet differenziert der Gesetzgeber in der StVO zwischen Motorrädern und Autos. Eine Ausnahmeregelung für Kradfahrer sieht die StVO nicht vor. Durch die Lärmbelästigung wurde in der Oberstadt ein Fahrverbot zwischen 20 und 6 Uhr morgens eingerichtet. Rechtsgrundlage ist § 45 Absatz 1 und 9 StVO i.V.m. den Regelungen zu Zeichen 255 StVO sowie des Zusatzzeichens zur zeitlichen Beschränkung 1040-30 StVO "20-6h". Kontrollen finden jedoch ebenfalls für reguläre Fahrzeuge statt. Auch hier existieren bereits gesetzliche Bestimmungen, die eine gewisse Lautstärke für Fahrzeuge beinhaltet und durch die Polizei kontrolliert wird.

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-stadtsiegen.de
 Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den Vorsitzenden
 des Verkehrsausschusses
 der Universitätsstadt Siegen
 Herrn Klaus Eckhardt
 Rathaus Siegen
 Markt 2

57072 Siegen



Siegen, 30.10.2023

Aufrechterhaltung des Fahrverbotes für Motorräder in der Siegener Oberstadt

Sehr geehrter Herr Eckhardt,
 sehr geehrte Damen und Herren,

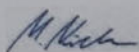
in der so genannten Oberstadt der Universitätsstadt Siegen besteht ein Fahrverbot für Motorräder.

Kradfahrer fühlen sich durch diese Regelung ausgegrenzt und benachteiligt, da zum Beispiel KFZ mit Klappenauspuffanlagen, die in der Regel deutlich lauter sind als ein herkömmliches Krad, die Oberstadt ohne Einschränkung befahren dürfen. Das bedeutet eine erhebliche Lärmbelastung.

Fragen:

1. Warum werden Autos und Motorräder unterschiedlich betrachtet?
2. Was rechtfertigt das Fahrverbot für Motorräder in der Siegener Oberstadt?
3. Welche rechtliche Grundlage wird hierzu herangezogen?
4. Wann ist eine Gleichstellung für Motorräder zu erwarten.

Mit freundlichen Grüßen
 Markus Nüchtern



Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	mehrere Fraktionen
Eingang	20.10.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

Absenkung von Bordsteinen
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD



CDU FRAKTION
SIEGEN



An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

EINGANG BÜRGERMEISTER	
20. Okt. 2023	
GB	4
Abt.	411
INSTITUT	

57072 Siegen

Datum:

20.10.2023

Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses am 14.11.2023

Absenkung von Bordsteinen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der o.g. Sitzung des Verkehrsausschusses zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2024 einen Plan für die sukzessive Absenkung aller Bordsteine in Kreuzungsbereichen zu erstellen.

Begründung:

Aktuell sind in vielen Kreuzungsbereichen der Stadt Siegen keine abgesenkten Bordsteine vorhanden.

Dies hat für viele Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt einschränkende Folgen. Menschen mit eingeschränkter Mobilität, meist ältere, oder körperlich beeinträchtigte Personen, insbesondere Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, aber auch Eltern mit Kinderwagen werden durch hohe Bordsteine im öffentlichen Raum eingeschränkt. Eine Absenkung der Bordsteine kann einen großen Beitrag zu einer barrierearmen Stadt leisten und die Lebensqualität vieler erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Klein
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

gez.

Peter H. Richter
(CDU-Stadtverordneter)

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	02.11.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

Anpassung der Parkordnung in der Achenbacher Straße in Siegen
- Antrag der FDP- Fraktion

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-stadtsiegen.de
 Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An die Universitätsstadt Siegen
 Herrn Bürgermeister
 Steffen Mues
 Rathaus Siegen
 Markt 2
 57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 2. Nov. 2023	
PR	INSTITUTE

Siegen, 29.10.2023

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses am 14.11.2023

Anpassung der Parkordnung in der Achenbacher Straße in Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktion der FDP im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der o.g. Sitzung des Verkehrsausschusses zu setzten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftrag, zu prüfen ob es möglich ist, im Bereich der Achenbacher Strasse Nummer 151 bis 153 das halbseitige Parken von PKW auf dem Gehweg zu erlauben.

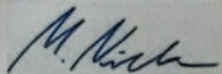
Begründung:

Im Bereich der Achenbacher Straße Nummer 151 bis 153 ist es nicht erlaubt, wie in großen Bereichen der Achenbacher Straße mit der halben PKW Breite auf dem Gehweg zu parken. Das führt dazu, dass die Fahrzeuge mit der gesamten Fahrzeugbreite auf der Straße geparkt werden.

Da es sich hier um einen schlecht einsehbaren Kurvenbereich handelt, kommt es immer wieder zu Gefahrensituationen in diesem Bereich.

Diese Gefahrensituationen können sehr leicht abgestellt werden, indem wie im gesamten Bereich der Achenbacher Straße in Fahrtrichtung Siegen Mitte das Abstellen der halben Fahrzeugbreite auf dem Gehweg erlaubt wird. Auch ist in diesem Bereich der Gehweg breit genug um zu gewährleisten, dass Fussgänger, auchh mit Kinderwagen, durch die Fahrzeuge nicht behindert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Markus Nüchtern



Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle
Rathaus | Markt 2
57072 Siegen

Sprechzeiten
Mittwoch und Freitag
08.30 - 12.00 Uhr

Parkmöglichkeit
Parkhaus Rathaus/Markt
Parkplatz Kornmarkt

Busverbindung
C 105
Haltestelle Rathaus

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktionen CDU/ SPD
Eingang	20.11.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒

öffentlich

☐

nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

**Einrichtung einer Hol- und Bringzone im Bereich der Herrenfeldstraße/ Brückenstraße in
Siegen- Weidenau
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

EINGANG BÜRGERMEISTER	
20. Nov. 2023	
CDU	SPD
4	4/1
2/2	2/2

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

Kopien erledigt

57072 Siegen

Datum:

17.11.2023

Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.12.2023.

Einrichtung einer Hol- und Bringzone im Bereich der Herrenfeldstraße / Brückenstraße in Siegen - Weidenau.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgenden Antrag in der o. g. Sitzung des Verkehrsausschusses zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo eine Hol- und Bringzone im Bereich der Herrenfeldstraße / Brückenstraße in Siegen – Weidenau, für die dort befindlichen Einrichtungen der Kinderbetreuung, eingerichtet werden kann.
Die einzurichtende Zone sollte ausreichend Platz für bis zu drei Fahrzeuge bieten und bis zum KiTa-Jahr 2024/2025 eingerichtet sein.

Begründung:

In der Herrenfeldstraße befinden sich der evangelische Kindergarten Herrenfeld mit ca. 80 Kindern und die DRK Großtagespflege Krümelkiste mit ca. 12 Kindern.
Ebenfalls befindet sich angrenzend das Klinikum Siegen.
Insgesamt ist die Parkplatzsituation als angespannt zu sehen.
Aktuell müssen Eltern, welche sich auf dem Weg zur Arbeit befinden, entweder ihr Fahrzeug nicht der StVo entsprechend abstellen, oder kostenintensiv das Parkhaus des Klinikums Siegen nutzen.
Im Sinne einer familienfreundlichen Kommune ist dies nicht zeitgemäß.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Klein
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

gez.
Peter H. Richter
(Stadtverordneter der CDU)

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktionen CDU/ SPD
Eingang	20.11.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

Verbesserung der Parksituation für Frauen, die unmittelbar vor der Entbindung stehen, im Bereich des Geburtshauses Siegen und des St. Marien-Krankenhauses Siegen
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD



EINGANG BÜRGERMEISTER	
20. Nov. 2023	
GR 4411	FB
NR	STUT

Kopien erledigt

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

Datum:

17.11.2023

Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.12.2023.

Verbesserung der Parksituation für Frauen, die unmittelbar vor der Entbindung stehen, im Bereich des Geburtshauses Siegen und des St. Marien-Krankenhauses Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgenden Antrag in der o. g. Sitzung des Verkehrsausschusses zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass die Stadtverwaltung zur Verbesserung der Parkplatzsituation für Frauen, die unmittelbar vor der Entbindung stehen, vor dem neuen Geburtshaus Siegen, Friedrichstr. 106, 57072 Siegen und dem St. Marien-Krankenhaus Siegen, Kampenstr. 51, 57072 Siegen insgesamt zwei „Storchenparkplätze“ ausweist.

Begründung:

Im Quartier des neuen Geburtshauses Siegen (ab 01.10.2023) und des St. Marien-Krankenhauses Siegen herrscht eine insgesamt angespannte Parkplatzsituation. Im Bereich der Friedrichstraße, Nordstraße, Elisabethstraße, Im Schlämmchen, Marienstraße und Albertus-Magnus-Straße ist der überwiegende Teil der Parkplätze Anwohnern gewidmet. Ein kleiner Teil der Parkplätze entlang der o.g. Straßen sind Parkplätze mit zeitlich eingeschränkten Zeitkorridoren. Insofern ergibt sich eine Notwendigkeit zur Schaffung zweier zusätzlicher Parkplätze (einer vor dem Geburtshaus Siegen und einer vor dem St. Marien-Krankenhaus Siegen) um Entbindenden vor dem Druck der Parkplatzsuche zu entlasten. Fast zu keiner Zeit stehen öffentliche Parkplätze in ausreichendem Maße zur Verfügung. Insofern ist gerade in Entbindungssituationen die Parkplatzsuche eine große Belastung für Frauen. Daher beantragen wir die Einrichtung von zwei Storchenparkplätzen vor dem Geburtshaus Siegen und dem St. Marien-Krankenhaus.



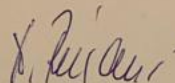
CDU FRAKTION
SIEGEN

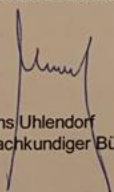


Beide Einrichtungen kommen auf ca. 1.500 Entbindungen pro Jahr. Die für die Einrichtung der zwei Storchenparkplätze vorgesehenen Flächen reduzieren weder die Anzahl an Parkflächen für Anwohner noch die Parkflächen für Kurzzeitparker.

Mit freundlichen Grüßen


Marc Klein
(Fraktionsvorsitzender der CDU)


Detlef Rujanski
(Fraktionsvorsitzender der SPD)


Jens Uhlendorf
(Sachkundiger Bürger der CDU)

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	UWG- Fraktion
Eingang	06.12.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss	13.02.2024
Bezirksausschuss III - Siegen- Ost	25.04.2024
Verkehrsausschuss	25.06.2024
AK des Verkehrsausschusses	20.08.2024

Betreff:

**Einrichtung einer Einbahnstraße in der Rathenaustraße, Kaan-Marienborn
- Antrag der UWG- Fraktion**

Der Antrag wurde im Verkehrsausschuss am 13.02.2024 zur Vorberatung an de Bezirksaus-
schuss verwiesen.



UWG-Fraktion im Rat der Stadt Siegen • Markt 2 • 57072 Siegen

An den
Bürgermeister der Stadt Siegen
Herrn Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
- 6. Dez. 2023	
GB	
Abt.	INSTITUT

Siegen, 29.11.23

**Antrag gemäß § 9 der GO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung
des Verkehrsausschuss**

Einrichtung einer Einbahnstraße in der Rathenaustraße, Kaan- Marienborn

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Eckhard,

im Interesse der Verkehrssicherheit und einer verbesserten Verkehrslenkung beantragen wir die eingehende Prüfung der Möglichkeit zur Einrichtung einer Einbahnstraße in der Rathenaustraße von Bürbach kommend. Die vorgeschlagene Maßnahme verfolgt mehrere Ziele:

- 1. Verringerung des Durchgangsverkehrs:** Durch die Einbahnstraßenregelung soll der Durchfahrtsverkehr im Bereich der Rathenaustraße und des Brüderwegs reduziert werden. Hierbei ist die geplante Umleitung über die Hessische Straße auf die Marienborner Straße vorgesehen, um eine entlastende Verkehrslenkung zu ermöglichen.
- 2. Vermeidung von Unfallgefahren:** Die Umsetzung der Einbahnstraße zielt darauf ab, potenziell unübersichtliche Verkehrssituationen zu minimieren und somit das Unfallrisiko in diesem Bereich zu verringern.

3. Schaffung zusätzlicher Parkflächen: Durch die Einbahnstraßenregelung soll Raum für die Schaffung zusätzlicher Parkflächen geschaffen werden, ohne dabei den fließenden Verkehr zu beeinträchtigen. Dies trägt nicht nur zur Verbesserung der Parkplatzsituation bei, sondern fördert auch eine geordnete und sichere Verkehrsführung.

Wir legen besonderen Wert darauf, dass die vorgeschlagene Regelung die Nutzung für Radfahrer und Linienbusse weiterhin gestattet, um eine ganzheitliche Mobilitätslösung zu gewährleisten.

Wir bitten um eine gründliche Prüfung dieser Anregung und stehen für weiterführende Informationen sowie einen konstruktiven Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Achim Bell
Fraktionsvorsitzender

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	28.11.2023
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Betreff:

Zusatzschild „Elektrokleinstfahrzeuge frei" (Schild: P-2810) / Zusatzschild
„Fahrrad frei (Schild: 1022-10)
-Antrag der Volt-Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
28. Nov. 2023	
GB	4
Abt.	41A

Siegen, 27.11.2023

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur ersten Sitzung des Verkehrsausschusses im Jahr 2024

Betreff: Zusatzschild „Elektrokleinstfahrzeuge frei“ (Schild: P-2810) / Zusatzschild „Fahrrad frei (Schild: 1022-10)

Sehr geehrter Herr Eckhardt,

die Volt-Fraktion bittet darum, folgenden Antrag in der o. g. Sitzungen des Rates zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Wege und Flächen zu identifizieren, auf denen sich aus Sicht der Verwaltung neben Fahrradverkehr und/oder Fußverkehr auch Elektrokleinstfahrzeuge fortbewegen dürfen (z.B. Fußgängerzone Unterstadt, Kölner Str., Fußgängerzone Geisweid, Fußgängerzone rund ums SIC, Bürgersteig Spandauerstr.). Diese Flächen sollen entsprechend beschildert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Wege und Flächen zu identifizieren und zu beschildern, auf denen sich neben Fußverkehr auch Fahrradverkehr fortbewegen dürfen (z.B. Fußgängerzone Unterstadt, Kölner Str., Fußgängerzone Geisweid, Fußgängerzone rund ums SIC). Diese Flächen sollen entsprechend beschildert werden.

Begründung:

Nach Einschätzung der Fraktion sollten die Fußgängerzone in der Unterstadt, die Fußgängerzone rund um das SIC, die Fußgängerzone in Geisweid sowie die Kölner Str. geprüft werden.

Mit freundlichen Grüßen

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender

Jannik Krüger
sachkundiger Bürger

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßen- und Verkehrsplanung
Bearbeitet von: Herr König, Frau Kühnel

Siegen, 16.11.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss **13.02.2024**

Kurzbezeichnung:

Neuorganisation der Europastraße, hier: Vorstellung der Planung

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt die Umsetzung der vorliegenden Planung zur Neuorganisation der Europastraße gemäß der Anlage 1.

Sachverhalt / Begründung:

1. Allgemeines

Die Umgestaltung im Bereich „Herrengarten“, die damit verbundene Abbindung der Straßen Herrengarten und Brüder-Busch-Straße sowie der ausschließlichen Freigabe beider für den Rad- und Fußverkehr erfordern eine Neuordnung des Straßenraumes Fürst-Johann-Moritz-Straße und Europastraße.

Die Fürst-Johann-Moritz-Straße wird im Zusammenhang mit dem Neubau des Johann-Moritz-Quartiers sowie dem Herrengarten umgestaltet und zukünftig im gegenläufigen Verkehr befahrbar sein.

Im Rahmen der Vorstellung des weiteren Vorgehens zum Brückenneubau Hufeisenbrücke wurden mit der Vorlage VL 506/2021 weitere notwendige Maßnahmen in diesem Bereich als Gesamtkonzept vorgestellt.

Mit dieser Vorlage hat der Rat am 22.12.2021 folgenden Beschluss bezüglich der Europastraße (damals Hindenburgstraße) getroffen:

„Herstellung der Gegenläufigkeit der Hindenburgstraße mit beidseitigem Schutzstreifen für den Radverkehr unter Aufgabe des Parkstreifens und des Bussonderfahrstreifens zwischen Sandstraße und Fürst-Johann-Moritz-Straße“ (s. VL 506/2021, Punkt 7 des Beschlussvorschlags).

Dieser Beschluss wird mit der nun vorliegenden Planungsvorstellung zur Europastraße umgesetzt.

2. Planung

Die Planung sieht eine Nutzung der Straße im Zweirichtungsverkehr vor, um die Erschließung der Bebauung in der Europastraße selber sowie der Fürst-Johann-Moritz-Straße zu sichern.

Die Neuorganisation umfasst den Abschnitt der Europastraße zwischen dem Knotenpunkt Sandstraße/Europastraße und dem ZOB Siegen. Im gesamten Bereich sollen beidseitige Schutzstreifen für den Radverkehr angelegt werden.

Abschnitt Sandstraße/Europastraße bis Europastraße/Heeserstraße/Brüder-Busch-Straße

Zu Gunsten der Schutzstreifen entfällt ein Fahrstreifen in Fahrtrichtung ZOB. Sämtliche Verkehre werden zukünftig nur noch auf einem Fahrstreifen je Fahrtrichtung neben einem Schutzstreifen geführt.

Die Schutzstreifen schließen unmittelbar an den Knotenpunkt an der Sandstraße an, sodass eine durchgängige Radverkehrsführung hergestellt werden kann.

Der vorhandene Inselkopf in der nördlichen Zufahrt der Sandstraße muss zur Einrichtung des Schutzstreifens um etwa 6 Meter zurückgebaut werden.

Um ein sicheres Linksabbiegen von der Europastraße in die Brüder-Busch-Straße zu gewährleisten wird ein „Aufgeweiteter Radaufstellstreifen“ (ARAS) vorgesehen. Auf diesem können Radfahrende vom Schutzstreifen in einen gesicherten Wartebereich vor die wartenden Kfz bzw. Busse fahren und stehen dann in erster Reihe an der Lichtsignalanlage. Bei grün haben Radfahrende dann die Möglichkeit vor dem Kfz-Verkehr zu fahren und abzubiegen.

Abschnitt Europastraße/Heeserstraße/Brüder-Busch-Straße bis ZOB

Gemäß vorliegendem Beschluss entfällt der bislang vorhandene Bussonderfahrstreifen zwischen den Knotenpunkten Europastraße/Heeserstraße/Brüder-Busch-Straße und Europastraße/ZOB gänzlich.

Die Neuorganisation sieht in diesem Abschnitt einen Fahrstreifen je Richtung sowie beidseitige Schutzstreifen vor.

Die Schutzstreifen schließen damit unmittelbar an die neuen Schutzstreifen im ersten Abschnitt der Europastraße an und bilden eine durchgängige Radverbindung von Reichwalds Ecke bis zum ZOB.

Die Fahrstreifen werden zukünftig sowohl vom motorisierten Individualverkehr als auch dem Busverkehr gemeinsam genutzt.

Analog zur östlichen Zufahrt der Europastraße am Knoten Europastraße/Heeserstraße/Brüder-Busch-Straße wird auch in der westlichen Zufahrt ein ARAS zum gesicherten Linksabbiegen des Radverkehrs in die Heeserstraße vorgesehen.

Die Straßenraumgestaltung sowie die Aufteilung der Fahrstreifen kann Anlage 1 entnommen werden. Vorgesehen wird ein 1,50 m breiter Schutzstreifen. Die Fläche der Fahrstreifen zwischen den Schutzstreifen ist in der Regel mindestens 5,50 m breit. Auf Höhe des bereits vorhandenen Fußgängerüberwegs in der Europastraße verengt sich die verfügbare Fläche zwischen den Schutzstreifen auf einer Länge von ca. 10,00 m auf eine Breite von etwa 5,00 m.

3. Auswirkungen auf die Verkehrsträger

3.1. MIV

Die Europastraße soll zukünftig für den Kfz-Verkehr nur der Erschließung der Fürst-Johann-Moritz-Straße sowie der an der Europastraße anliegenden Gebäude dienen.

An der Einmündung Europastraße/Fürst-Johann-Moritz-Straße wird der Kfz-Verkehr zukünftig nur nach links in die Fürst-Johann-Moritz-Straße abbiegen können. Eine Durchfahrt zum ZOB bzw. über die Hufeisenbrücke ist nicht mehr möglich. Davon ausgenommen ist Lieferverkehr zu bestimmten Zeiten.

Gleichzeitig kann aus der Fürst-Johann-Moritz-Straße nur nach rechts ausgefahren werden.

3.2. Ladeverkehr

Die vorhandene Ladezone in der Bucht im Bereich Europastraße 5-7 bleibt bestehen.
Die Ladezone vor den Häusern Europastraße 12 und 12a muss jedoch entfallen.

3.3. Ruhender Verkehr

Der vorhandene Parkstreifen entfällt. Eine Kombination aus den notwendigen zwei Fahrstreifen zusätzlich beidseitiger Schutzstreifen ist aufgrund der zur Verfügung stehenden Straßenraumbreiten nicht möglich.

Alternativ können die Parkhäuser im direkten Umfeld genutzt werden.

3.4. ÖPNV

Die Europastraße ist nach der Umgestaltung uneingeschränkt für den ÖPNV nutzbar und erlaubt nunmehr sämtliche Fahrbeziehungen.
Dadurch erhöht sich die Flexibilität in der Routenplanung gegenüber dem Bestand.

3.5. Radverkehr

Die Einrichtung der beiden Schutzstreifen stellt einen Lückenschluss zwischen dem Radweg unter der HTS (über den ZOB sowie die Hufeisenbrücke) und dem östlichen und nördlichen Bereich der Innenstadt dar.

Bei der geplanten Entwicklung des universitären Campus Nord in der Friedrichstraße ist ein Ausbau des Knotenpunktes Sandstraße/Europastraße in einen vierarmigen Knotenpunkt zur Anbindung jenes Campus geplant (s. VL 506/2021). Der neue Knotenarm wird dabei ausschließlich dem Rad- und Fußverkehr vorbehalten sein.

Die Schutzstreifen auf der Europastraße bilden daher schon den ersten Baustein zur Anbindung des Campus an die Hauptradverbindung.

Weiterhin wird die Verbindung zwischen ZOB/Innenstadt und Umweltpur durch diese Schutzstreifen deutlich verbessert.

3.6. Fußverkehr

Die Gehwege bleiben im gewohnten Umfang bestehen.

Eine Verbesserung für den Fußverkehr ergibt sich dennoch auf Grund des Wegfalls des Parkstreifens. Die bislang damit einhergehenden Behinderungen des Fußverkehrs durch sich öffnende Autotüren oder teils auf dem Gehweg geparkte Fahrzeugen entfällt, sodass der zur Verfügung stehende Gehweg vollumfänglich durch den Fußverkehr nutzbar ist.

4. Lichtsignalanlagen

An den Lichtsignalanlage Sandstraße/Europastraße und Europastraße/Heeserstraße/Brüder-Busch-Straße bedarf es keiner signaltechnischen Anpassungen.

Die Lichtsignalanlage Europastraße/Heeserstraße/Brüder-Busch-Straße wurde bereits im Zuge der notwendigen Anpassungen durch den Neubau Europastraße 13 auf die geplante Situation des Zweirichtungsverkehrs angepasst. Die zusätzlichen Signale der Zufahrt Europastraße West (vom ZOB kommend) muss bei Inbetriebnahme der neuen Verkehrsführung nur aktiviert und die Software entsprechend angepasst werden.

5. Zeitplanung

Die Vorlage VL 506/2021 weist darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen dem Baufortschritt des Projektes „Herrengarten“ und der Umgestaltung des Straßenraumes der Europastraße besteht. Aus diesem Grund ist die Umsetzung der Planung und damit die Einführung der Gegenläufigkeit im 2. Quartal 2024 geplant.

6. Kostenschätzung

Die Planung kann mittels Markierungs- und Beschilderungsarbeiten umgesetzt werden. Zusätzlich sind kleinere bauliche Arbeiten notwendig (z.B. Teilrückbau des Inselkopfes). Die Kostenschätzung beläuft sich auf ca. 35.000,00 €.

Durch die Umsetzung der Maßnahme können jährliche Kosten für die Herstellung der Gegenläufigkeit im Rahmen des Stadtfestes in Höhe von min. 10.000,00 € eingespart werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
35.000,00 €		100 %		<input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
	35.000,00 €			5291000
				Sachkonto
				410000

Klimaschutz

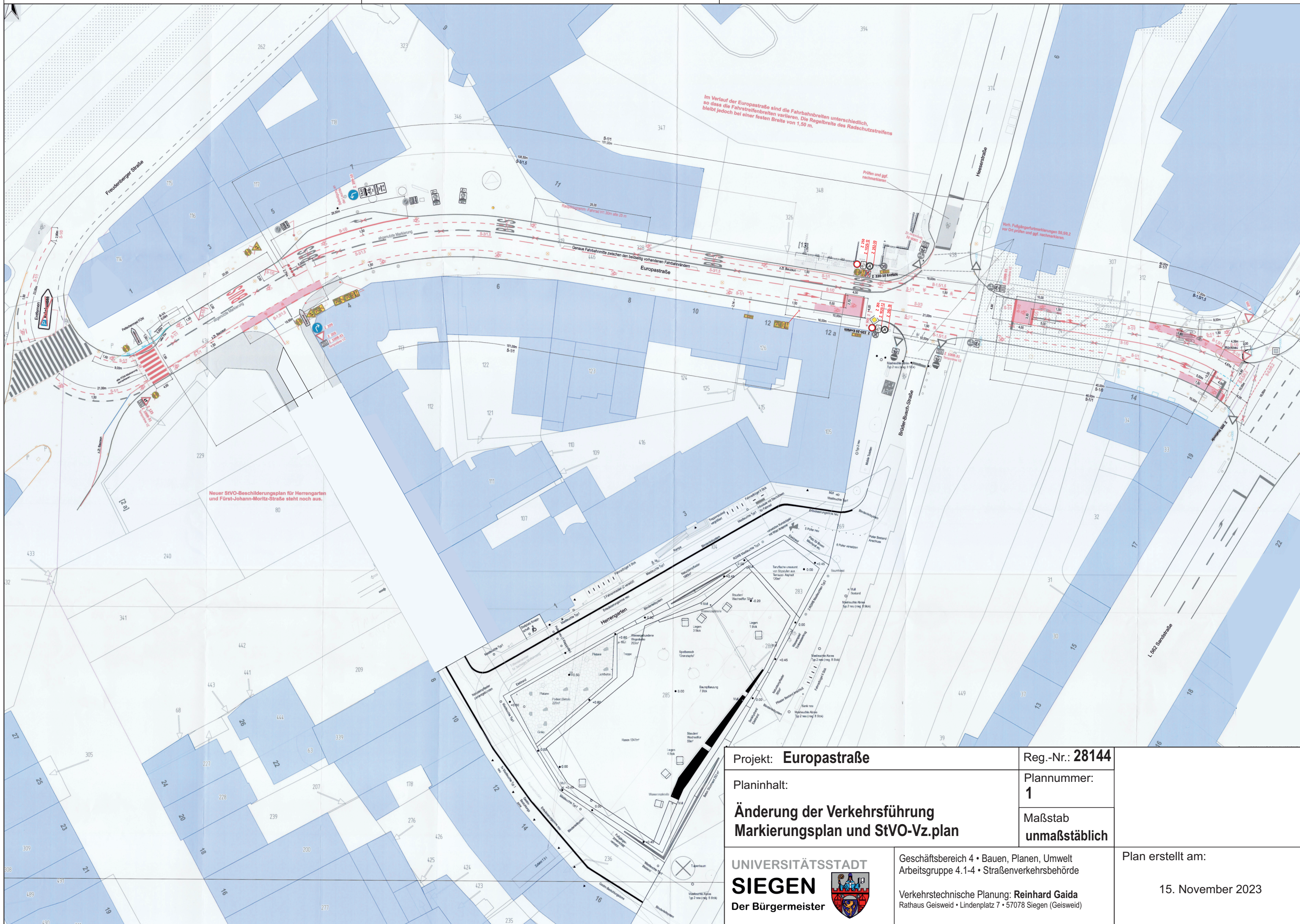
Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Maßnahme fördert die Attraktivität des Umweltverbundes und kann damit zur Reduzierung des Kfz-Anteils am Modal Split beitragen.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Die Maßnahme hat durch die Einrichtung der Gegenläufigkeit wesentliche Bedeutung für die Steigerung der Attraktivität des Umweltverbundes. Die Schutzstreifen bilden einen Lückenschluss im städtischen Radverkehrsnetz und tragen damit ebenfalls zur Steigerung der Attraktivität bei			

Im Auftrag

gez.

Benjamin Hinkel
Abteilungsleiter 4/1

Die Verwaltungsvorlage wurde aufgrund der Cyberattacke im Rahmen eines normalen Unterschriftenlaufs durch die beteiligten Adressaten auf der Papiervorlage verifiziert und weitergegeben und ist in der Digitalversion ohne Unterschrift gültig.



Projekt: Europastraße		Reg.-Nr.: 28144
Planinhalt: Änderung der Verkehrsführung Markierungsplan und StVO-Vz.plan		Plannummer: 1
 UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN Der Bürgermeister		Maßstab unmaßstäblich
		Plan erstellt am: 15. November 2023
Geschäftsbereich 4 • Bauen, Planen, Umwelt Arbeitsgruppe 4.1-4 • Straßenverkehrsbehörde		
Verkehrstechnische Planung: Reinhard Gaida Rathaus Geisweid • Lindenplatz 7 • 57078 Siegen (Geisweid)		

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Johannes Werthenbach

Siegen,

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat	22.11.2023
Bauausschuss	29.11.2023
Verkehrsausschuss	13.02.2024

Kurzbezeichnung:

Sitzungstermine 2024 für Rat und Haupt- und Finanzausschuss Sitzungskalender 2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen bestätigt den als Anlage beigefügten Sitzungskalender 2024

Sachverhalt / Begründung:

Die Sitzungstermine für Rat sowie Haupt- und Finanzausschuss werden im Voraus festgelegt und sind in dem als Anlage beigefügten Sitzungskalender terminiert. Darin enthalten sind ebenfalls die abgestimmten Termine für die Bezirks- und Fachausschüsse.

Bei der Aufstellung des Kalenders wurden die Gepflogenheiten der vergangenen Jahre (Sitzungstag, Sitzungshäufigkeit usw. berücksichtigt. Selbstverständlich bleibt es den Ausschussvorsitzenden unbenommen, bei Bedarf weitere Sitzungen anzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde aufgrund der Cyberattacke im Rahmen eines normalen Unterschriftenlaufs durch die beteiligten Adressaten auf der Papiervorlage verifiziert und weitergegeben und ist in der Digitalversion ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenverkehrsbehörde
Bearbeitet von: Frau Becker

Siegen,

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Kurzbezeichnung:

Sitzungstermine Arbeitskommission

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss der Universitätsstadt Siegen stimmt den Sitzungsterminen der Arbeitskommission für das Jahr 2024 zu.

Sachverhalt / Begründung:

Zur Entlastung des Verkehrsausschusses bildet der Verkehrsausschuss eine Arbeitskommission des Verkehrsausschusses.

Dieser soll an folgenden Tagen Dienstag, um 15 Uhr auf dem Betriebsgelände der VWS tagen:

- 12.03.2024
- 28.05.2024
- 20.08.2024
- 01.10.2024
- 26.11.2024

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Hinkel

Abteilungsleiter 4/1

Die Verwaltungsvorlage wurde aufgrund der Cyberattacke im Rahmen eines normalen Unterschriftenlaufs durch die beteiligten Adressaten auf der Papiervorlage verifiziert und weitergegeben und ist in der Digitalversion ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenverkehrsbehörde
Bearbeitet von: Frau Becker

Siegen,

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Kurzbezeichnung:

Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Universitätsstadt Siegen am 28.11.2023

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission zu.

Sachverhalt / Begründung:

Die Arbeitskommission hat am 28.11.2023 verschiedene verkehrliche Maßnahmen im Stadtgebiet beraten. Und entsprechende Vorschläge und Empfehlungen ausgesprochen.

Das Ergebnis ist in der Niederschrift zusammengefasst und wird dem Verkehrsausschuss zur Einzelberatung vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.

Hinkel

Abteilungsleiter 4/1

Die Verwaltungsvorlage wurde aufgrund der Cyberattacke im Rahmen eines normalen Unterschriftenlaufs durch die beteiligten Adressaten auf der Papiervorlage verifiziert und weitergegeben und ist in der Digitalversion ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [VL 1606 2023 Anlage Niederschrift AK 28.11.23](#)

GESAMTE NIEDERSCHRIFT

Über die 8. Sitzung des AK-Verka

Vom: 28.11.2023
Von: 15:04 Uhr
Bis: 16:17 Uhr
Ort: VWS GmbH, Marienhütte 2, 57080 Siegen, Besprechungsraum

Anwesend waren:

Vom Verkehrsausschuss:

Stinner, Jürgen
Eckhardt, Klaus
Englert, Franz
Könen, Wolfgang Max

Beratende Mitglieder:

Schmitt, Jens
Frodl, Rüdiger

Von der Verwaltung:

Hinkel, Benjamin
Becker, Nadine

Nicht anwesend waren:

Korczak, Dominik
Zavadil, Michael
Six, Anette
Krüger, Jannik
Steffe, Roland
Becker, Lothar

A. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hohe Straße

Unechte Einbahnstraße aufheben

Frau Becker erklärt, dass der Anwohner, welcher die unechte Einbahnstraße und weitere Maßnahmen an die Verwaltung herangetragen hat, bei einer Politikerin anfragte, ob die unechte Einbahnstraße nicht wieder zurückgenommen werden könnte. Hintergrund sei, dass diese kaum bis gar nicht von den

Verkehrsteilnehmenden angenommen wird und ständig entgegen des Zeichens 267 StVO in die Straße eingefahren wird. In den vergangenen Verkehrszählungen ist die Anzahl der Fahrzeuge rückläufig und es sind keine weiteren Probleme oder Beschwerden eingegangen. Die Verwaltung empfiehlt daher die Verkehrsführung zu belassen.

Herr Frodl teilt mit, dass seit zwei Jahren keine Beschwerden eingegangen sind. Die Anwesenden teilen mit, dass ebenfalls keine Beschwerden oder Probleme bekannt sind.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die unechte Einbahnstraße in der Hohe Straße nicht aufzuheben.

2. Lämmergeasse

Frau Becker erklärt, dass eine Anwohnerbeschwerde vorliegt. Dieser teilte mit, dass die Verkehrszeichen für den verkehrsberuhigten Bereich nicht wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass zu Schulbeginn und -schluss die Schüler kreuz und quer auf der Straße laufen, die Fahrzeuge keine Schrittgeschwindigkeit fahren und außerhalb gekennzeichneten Flächen geparkt wird. Die Verwaltung empfiehlt als erste Maßnahme die Anbringung von einem Piktogramm, um den verkehrsberuhigten Bereich zu verdeutlichen.

Herr Stinner stimmt zu und befürwortet die Anbringung des Piktogramms.

Herr Englert fragt, ob das Verkehrszeichen nicht versetzt werden kann.

Herr Frodl sagt, dass dies nicht möglich ist.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die Anbringung des Piktogramms.

3. Festlegung allgemeiner Restgehwegbreiten

Herr Hinkel zitiert den Passus aus der VwV-StVO zu der Zulässigkeit von dem Parken auf dem Gehweg. Hier verweist der Gesetzgeber auf aktuelle Regelwerke. Laut RAST muss ein Gehweg 2,00-2,20m breit sein, um das Gehwegparken zuzulassen. Andere Kommunen haben eine andere allgemeingültige Regelung für ihr Stadtgebiet getroffen. Daher wird vorgeschlagen eine allgemeine Restgehwegbreite von 1,50m festzulegen. Aktuell kann aufgrund der Maße von 2,00-2,20m breite kaum das halbseitige Parken auf dem Gehweg angeordnet werden. Diese breiten gibt die Bebauung in der Stadt Siegen nicht her.

Herr Könen erklärt, dass aufgrund der Topographie der Stadt Siegen und den oft dicht bebauten und engen Straßen eine Restgehwegbreite von 1,50m gut umsetzbar ist.

Herr Hinkel erklärt weiter, dass für Personen mit Rollator oder Kinderwagen der Gehweg nutzbar bleibt.

Herr Englert verweist auf eine individuelle Regelung, was die Sichtweiten angeht. Auch muss man auf die gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer appellieren. Er teilt mit, dass aus seiner Sicht 1,30 m ebenfalls möglich wären.

Herr Könen teilt die Meinung und verweist auch auf die Rücksichtnahme.

Herr Frodl erklärt, dass die Sichtweiten festgelegt werden müssen, um Begegnungsverkehr auf der Straße miteinzubeziehen. Wird das versetzte Parken auf dem Gehweg erlaubt, sollen 20m zum Einscheren für Begegnungsverkehr einberechnet werden.

Herr Stinner teilt mit, dass in der Vergangenheit als Freifläche eine LKW-Breite mit Anhänger als Freifläche genutzt wurde.

Herr Englert teilt mit, dass man jedoch anhand der örtlichen Gegebenheiten entscheiden sollte und der Verwaltung den Freiraum in der Prüfung lassen sollte, um die Freiflächen individuell anhand des jeweiligen Einzelfalles festzulegen.

Herr Hinkel erklärt, dass die Länge/Anzahl der Parkflächen individuell an die Örtlichkeiten angepasst werden. So auch mit den Freiflächen. Man muss schließlich auch private Einfahrten und Schleppkurven beachten.

Es wird entschieden die allgemeine Restgehwegbreite von 1,50m im nächsten Verkehrsausschuss durch eine Vorlage beschließen zu lassen.

4. Friedenstraße

Anfrage Parken auf dem Gehweg durch Zeichen 315 StVO erlauben

Frau Becker erläutert zunächst den Sachverhalt. Hintergrund sind Anwohneranfragen. Vorliegend wird das Parken auf dem Gehweg seit Jahren geduldet. Nun kommt es vermehrt zu Problemen. Daher wurde angefragt, ob das Parken dort durch Zeichen 315 StVO legalisiert werden kann. Vorgelegt wurde den Anwesenden ein Plan mit Hinweisen wie breit die Gehwege sind und wie breit die Straße ist. Frau Becker erklärte, dass die Gehwege ca. 1,80 bis 1,90m breit und die Straße 5,00 bis 5,10m breit sind. Sollte die Vorlage den Beschluss erhalten, dass allgemein 1,50m Restgehweg frei bleiben muss, so bliebe im vorliegenden Fall keine Möglichkeit das Parken auf dem Gehweg anzuordnen – unter Beachtung der gesetzlich festgelegten Restfahrbahnbreite von 3,05m.

Herr Stinner bittet um einen detaillierten Plan, um prüfen zu können, ob überhaupt Parkflächen dort errichtet werden können, wo der Gehweg breiter ist, als im Durchschnitt.

Herr Englert möchte ebenfalls den Tagesordnungspunkt vertagen, bis der Verkehrsausschuss über die Vorlage der Restgehwegbreite entschieden hat.

Die Verwaltung wird beauftragt einen detaillierten Plan für die Zulässigkeit des halbseitigen Parkens auf dem Gehweg zu erstellen.

Damit wird dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung der Arbeitskommission vertagt.

5. Europastraße – Fußgängerzone Post

Frau Becker trägt vor, dass die Fußgängerzone in der Europastraße vor dem Postgebäude am 12.01.1994 eingerichtet und bezuschusst wurde. Die Zuschussfrist beträgt 25 Jahre. In den vergangenen Jahren hat es sich jedoch eingespielt, dass die Fläche zum Parken genutzt wird. Die meisten Verkehrsteilnehmenden wissen noch nicht mal, dass dieser Bereich eine Fußgängerzone ist. Damit ist dieser auch subjektiv vom Verkehrsteilnehmer nicht als Fußgängerzone wahrzunehmen. Eine Fußgängerzone kann jedoch heutzutage nur dann eingerichtet werden, wenn Fußgänger die Hauptverkehrsteilnehmer sind. Dies ist praktisch jedoch seit Jahren nicht mehr der Fall. Daher schlägt sie vor die Fußgängerzone zu entfernen und stattdessen ein Zonenhalteverbot einzurichten und Kurzzeitparkflächen auszuweisen.

Herr Stinner fragt zunächst bei Herrn Schmitt an, ob es vorliegend zu Problemen kommt.

Herr Schmitt verneint dies. Die meisten würden die Vorfahrtsregelung beachten und anhalten, wenn sie die Busse sehen.

Herr Könen teilt mit, dass die Post keine Parkflächen am Haupteingang benötige, da es hinter dem Gebäude genügend Fläche gibt, wo die Post eigenständig Parkflächen errichten könnte.

Herr Frodl erklärt ebenfalls, dass auf der Fläche kreuz und quer geparkt wird und keiner die Fußgängerzone wahrnimmt. Damit könne man das chaotische Parken ordnen und schafft legale Flächen für die Postkunden. Dies auch vor dem Hintergrund der Änderung der Verkehrsführung in der Europastraße.

Herr Englert teilt mit, dass er die Kurzzeitparkflächen befürwortet.

Herr Hinkel schlägt eine Höchstparkdauer von 15 min vor, um auch den Anschein beizubehalten, dass hier lediglich kurz geparkt werden soll.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die Fußgängerzone zu entfernen und Kurzzeitparkflächen auszuweisen.

6. Amtlich gekennzeichnete Feuerwehrzufahrt

Einheitliche Beschilderung der amtlich gekennzeichneten Feuerwehrzufahrten im Stadtgebiet Siegen zur besseren Ahndung und Unterscheidung

Frau Becker erklärt, dass im Stadtgebiet viele verschiedene Verkehrszeichen für die

Feuerwehruzufahrt existieren, da es kein Verkehrszeichen nach StVO vorgeschrieben ist. Hier ist lediglich eine „amtliche Kennzeichnung“ notwendig. Diese ist erst dann gegeben, wenn Der Bürgermeister der Stadt Siegen mit Siegel und Kennzeichnung auf dem Schild vermerkt ist. Aktuell kann die Verkehrsüberwachung nicht jede Feuerwehruzufahrt ahnden. Die Verwaltung schlägt daher vor alle Feuerwehruzufahrten einheitlich auszuschildern.

Herr Frodl hat dazu ein Beispielbild in die Runde gezeigt.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die Feuerwehruzufahrten einheitlich auszuschildern.

7. Am Nöchel – Grundschule Birlenbach

Einrichtung Einbahnstraße auf Probe

Herr Hinkel erklärt, dass die Situation während des Hol- und Bringverkehrs sehr gefährlich und unübersichtlich ist. Von beiden Seiten fahren aktuell die Eltern-Taxis in die schmale Straße ein. Durch die schmale Straße können die Fahrzeuge nicht nebeneinander herfahren, so dass es zu einem Verkehrschaos und Rangiermanövern kommt. Währenddessen laufen jedoch die Grundschüler zwischen den Fahrzeugen her. Die Situation ist unübersichtlich. Daher wurde bei einem Ortstermin, an dem Andreas Röcher (Bezirkspolizist in Geisweid) und Herr Stinner ebenfalls teilnahmen, die Einrichtung einer Einbahnstraße besprochen.

Herr Stinner stimmt diesem zu und teilt die gesammelten Erfahrungswerte.

Frau Becker erklärt, dass die Einbahnstraße zunächst provisorisch für ein Jahr eingerichtet werden soll, um Erfahrungswerte zu sammeln. Es kann in dieser Zeit festgestellt werden, ob diese Maßnahme die Grundschüler tatsächlich schützt. Zu beachten ist in diesem Bereich nebst der Schule auch der Bereich des Friedhofs, der ebenfalls für alle gut und frei zugänglich bleiben muss.

Die Arbeitskommission empfiehlt die Einrichtung der provisorischen Einbahnstraße für ein Jahr.

8. Sonstige

Herr Könen teilt mit, dass durch die fehlende Markierung in der Koblenzer Straße die Fahrspuren nicht erkennbar sind und die Fahrschüler dadurch durch die Fahrprüfung fallen, da sie in den Gegenverkehr geraten.

Herr Hinkel sichert eine Überprüfung der Markierung zu.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Umwelt
Bearbeitet von: Herr Gebers

Siegen,

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

06.02.2024

Verkehrsausschuss

13.02.2024

Kurzbezeichnung:

Lärmaktionsplanung Siegen, Stufe 4

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie und der Verkehrsausschuss stimmen vorliegendem Entwurf der Lärmaktionsplanung der 4. Stufe der Universitätsstadt Siegen zu und beauftragen die Verwaltung mit der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange.

Sachverhalt / Begründung:

1. Anlass

Die Umgebungslärmrichtlinie (2002/49/EG) des Europäischen Parlaments verpflichtet die Kommunen europaweit, Lärmkartierungen und Lärmaktionspläne aufzustellen und diese regelmäßig fortzuschreiben. Die Umsetzung dieser Planwerke verfolgt das Ziel, den durch unterschiedliche Lärmquellen verursachten erheblichen Umgebungslärm festzustellen, zu analysieren und durch koordinierte Maßnahmen zu mindern sowie ruhige Gebiete auszuweisen und zu bewahren.

2. Bisherige Lärmaktionsplanung der Universitätsstadt Siegen

Lärmaktionsplanung Stufe 1

Am 19.05.2010 hat der Rat der Stadt Siegen einen Lärmaktionsplan der Stufe 1 gemäß § 47 Bundesimmissionsschutzgesetz für die Stadt Siegen beschlossen. Damals wurden Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 6 Mio. Kfz pro Jahr betrachtet.

Lärmaktionsplanung Stufe 2

Gemäß den Vorgaben der EU-Umgebungslärmrichtlinie wurde im Jahr 2013 ein Lärmaktionsplan der Stufe 2 erarbeitet und am 19.02.2014 vom Rat der Stadt Siegen beschlossen. Betroffen hiervon waren Hauptverkehrsstraßen mit mehr als 3 Mio. Kfz pro Jahr.

Lärmaktionsplanung Stufe 3

Am 22.05.2019 hat der Rat der Stadt Siegen den Lärmaktionsplan Stufe 3 für die Stadt Siegen beschlossen.

3. Lärmaktionsplanung, Stufe 4

Die Umsetzung der EG-Umgebungslärmrichtlinie erfolgt federführend durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Berechnung der Lärmkarten erfolgte durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV NRW). Es werden ausschließlich Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen mit mehr als 3 Mio. Kfz pro Jahr betrachtet. Handelt es sich um Lärm des Schienenverkehrs auf Schienenwege von Eisenbahnen des Bundes, wird dieser vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) kartiert.

Wesentliche Änderung:

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Zahl der Betroffenen sich deutlich erhöht hat. In nahezu jeder Kategorie gibt es mehr vom Lärm Betroffene als in Stufe 3 der vorhergegangenen Lärmaktionsplanung. Dies betrifft allerdings nicht nur die Stadt Siegen, sondern ist bundesweit festzustellen. Dies hängt mit den neuen Berechnungskriterien zusammen, anhand derer das LANUV die Lärmkarten erstellt hat. Nähere Erläuterungen dazu finden Sie im Anhang als Anlage 2.

Öffentliche Beteiligung der Lärmaktionsplanung Stufe 4

Die öffentliche Auslegung erfolgt im Rathaus Geisweid und nicht in Form einer digitalen Beteiligungsplattform.

4. Weitere Vorgehensweise

Nachstehend ist eine Auflistung mit den zeitlichen Abläufen die für die Lärmaktionsplanung der vierten Stufe vorgesehen sind:

Zeitraum	Verfahrensschritt	Beteiligte
Oktober 2023	Veröffentlichung der Lärmkartierung (Umgebungs-lärmportal des Landes NRW)	LANUV
Februar 2024	Unterrichtung städtischer Gremien über die Überprüfung des Lärmaktionsplanes der 3. Stufe nach §47d Abs. 5 BImSchG und Beschluss zur Auslegung der Fortschreibung des Lärmaktionsplan-Entwurfes AfUKE am 06.02.2024 VerkehrsA am 13.02.2024	4/1, 4/7
Februar/März 2024	Bekanntmachung und Auslegung des Planentwurfs für die Öffentlichkeit sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB)	4/1, 4/7, Öffentlichkeit, TÖB
März/April 2024	Auswertung und Abwägung der eingegangenen Anregungen der TÖB und der Öffentlichkeit und Erstellen eines Abschlussberichtes zur Fortschreibung des Lärmaktionsplanes	4/1, 4/7
April/Mai 2024	Beschluss des Abschlussberichtes zur Fortschreibung des Lärmaktionsplanes durch städtische Gremien VerkehrsA am 16.04.2024 AfUKE am 07.05.2024 HFA am 22.05.2024 Rat am 29.05.2024	4/1, 4/7
Juni 2024	Öffentliche Bekanntmachung der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes	4/1, 4/7
Juli 2024	Zusendung des Lärmaktionsplanes an das Land NRW	41, 4/7

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

Im Auftrag

gez.

Henrik Gebers
 Abteilungsleitung 4/7

Die Verwaltungsvorlage wurde aufgrund der Cyberattacke im Rahmen eines normalen Unterschriftenlaufs durch die beteiligten Adressaten auf der Papiervorlage verifiziert und weitergegeben und ist in der Digitalversion ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [VL 1651 2024 - Anlage 1 und 2-1](#)

4. Stufe der Lärmaktionsplanung der Universitätsstadt Siegen

Inhalt

1. Allgemeine Angaben
2. Bewertung der Ist-Situation
3. Maßnahmenplanung
4. Mitwirkung der Öffentlichkeit
5. Evaluierung des Aktionsplans
6. Inkrafttreten des Aktionsplans

1. Allgemeine Angaben

1.1 Für die Lärmaktionsplanung zuständige Behörde gemäß §47e BImSchG

Name der Stadt:	Siegen
Amtlicher Gemeindeschlüssel:	05970040
Vollständiger Name der Behörde:	Universitätsstadt Siegen
Kennung der Behörde für die Lärmkartierung:	DE_NW_05970040
Straße:	Markt
Hausnummer:	2
PLZ:	57072
Ort:	Siegen

1.2 Beschreibung der Gemeinde

Siegen ist eine große kreisangehörige Stadt im Regierungsbezirk Arnsberg in Nordrhein-Westfalen. Mit rund 100.000 Einwohnern ist Siegen eine Großstadt und nennt sich Universitätsstadt.

Die Berechnung der Lärmbelastung in der Gemeinde erfolgte für die Hauptverkehrsstraßen und nicht-bundeseigenen Haupteisenbahnstrecken durch das Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz NRW.

Abweichend davon ist für die Kartierung des Schienenlärms von Eisenbahnen auf Schienenwegen des Bundes das Eisenbahnbundesamt zuständig:

Eisenbahn-Bundesamt, Heinemannstraße 6, D-53175 Bonn, <http://www.eba.bund.de>

1.3 Rechtlicher Hintergrund

Die Aktionsplanung erfolgt auf Grundlage der EU-Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG und deren nationaler Umsetzung in §§ 47 a-f BImSchG sowie der Verordnung über die Lärmkartierung – 34. BImSchV.

1.4 Geltende Lärmgrenzwerte

Übersicht Lärmgrenzwerte, die als Kriterien für die Evaluierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung und Minderung von Lärm in dem von dem Aktionsplan erfassten Gebiet verwendet werden.

Die EU-Umgebungslärmrichtlinie selbst beinhaltet keine Immissionsgrenz-, Auslöse- oder Richtwerte.

Vielmehr sind diese im deutschen Fachrecht verankert. Im Folgenden ist einer Übersicht der wesentlichen geltenden nationalen Werte dargestellt.

Hinweis: Die angegebenen Lärmpegel beziehen sich jeweils auf die Beurteilungszeiträume Tag/Nacht, wobei der Tagzeitraum als die Zeit von 06:00 – 22:00 Uhr und der Nachtzeitraum als die Zeit 22:00 – 06:00 Uhr festgelegt ist. Sie beruhen auf anderen Ermittlungsverfahren als die strategischen Lärmkarten zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie und sind daher nicht direkt vergleichbar mit den dort als

LDEN und LNight dargestellten Werten. Im Einzelfall sind daher zur Prüfung der Immissionsgrenz- und -richtwerte Berechnungen für den jeweiligen Immissionsort notwendig.

Geltungsbereich	Grenzwerte für Neubau oder wesentliche Änderung von Straßen- und Schienenwegen (Lärmvorsorge) ²⁴ Tag / Nacht [dB(A)]	Auslösewerte für die Lärmsanierung an Straßen in Bau- last des Bundes ²⁵ sowie an Schienen- wegen des Bundes ²⁶ Tag / Nacht [dB(A)]	Richtwerte für straßenverkehrs- rechtliche Lärm- schutzmaßnah- men ²⁷ Tag / Nacht [dB(A)]	Immissionsrichtwerte zur Beurteilung von in- dustriellen Anlagen ²⁸ Tag / Nacht [dB(A)]
Krankenhäu- ser, Schulen	57/47	64/54	70/60	45/35 (für Kranken- häuser)
Reines (WR) und Allgemei- nes Wohnge- biet (WA)	59/49	64/54	70/60	50/35 (WR) 55/40 (WA)
Dorf-/Kern- /Mischgebiet	64/54	66/56	72/62	60/45
Urbanes Gebiet	64/54	-	-	63/45
Gewerbegebiet	69/59	72/62	75/65	65/50

Tabelle 1: Übersicht nationale Grenz-, Auslöse- und Richtwerte zum Lärmschutz (Abb. aus LAI-Hinweise zur Lärmaktionsplanung – Dritte Aktualisierung –)

2. Bewertung der Ist-Situation

2.1 Zusammenfassung der Daten der Lärmkarten

Lärmeinwirkung durch Hauptverkehrsstraßen (Einwirkung von Straßenverkehrslärm, der von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen (Hauptverkehrsstraßen) mit mehr als 3 Millionen Kfz/Jahr ausgeht):

Geschätzte Gesamtzahl der lärmbelasteten Personen in der Stadt Siegen:

LDEN dB(A):	ab 55 bis 59	ab 60 bis 64	ab 65 bis 69	ab 70 bis 74	ab 75
Betroffene:	13574	5545	3256	2466	195

LNight dB(A):	ab 50 bis 54	ab 55 – 59	ab 60 bis 64	ab 65 bis 69	ab 70
Betroffene:	7369	3588	2551	216	0

Gesamtfläche der lärmbelasteten Gebiete in der Stadt Siegen:

LDEN dB(A):	ab 55	ab 65	ab 75
-------------	-------	-------	-------

Größe in km²:	28,06	7,99	1,77
---------------	-------	------	------

2.2 Angaben zu den geschätzten Zahlen der gesundheitsschädlichen Auswirkungen und Belästigungen

Fälle starker Schlafstörung	Fälle starker Belästigung	Ischämische Herzkrankheiten
4276	905	9

Geschätzte Gesamtzahl der lärmbelasteten Wohnungen, Schulgebäude und Krankenhausgebäude in der Stadt Siegen

LDEN dB (A)	ab 55	ab 65	ab 75
Wohnungen	11919	2816	92
Schulgebäude	125	29	2
Krankenhausgebäude	9	0	0

3. Maßnahmenplanung

3.1 Bereits vorhandene Maßnahmen zur Lärmänderung an Hauptverkehrsstraßen

Lfd. Nr.	Maßnahmenart	Erläuterungen
1	Erarbeitung Klimaschutzteilkonzept Mobilität	- Fertigstellung in 2021 - Gesamtstädtisches Konzept zur Stärkung des Umweltverbundes - Reduzierung und umweltfreundliche Abwicklung des Kfz-Verkehrs
2	Schallschutzfensterprogramm	aufgrund der Haushaltslage derzeit nicht umsetzbar
3	Einsatz von lärmminderndem Asphalt	
4	Fertigstellung der Hüttentalstraße (HTS) zur Entlastung Eiserfelder Straße und Siegtalstraße	abgeschlossen
5	Erneuerung Parkleitsystem	- Erneuerung des städtischen Parkleitsystems inkl. Anpassung der Routenführung zu den sechs Parkhäusern - Fertigstellung im 1. Halbjahr 2024 geplant

3.2 Geplante Maßnahmen zur Lärminderung für die nächsten fünf Jahre

Lfd. Nr.	Maßnahmenart	Erläuterungen (wo, was)	Erläuterungen des erwarteten Nutzens
1	Einrichtung Umweltpuren (VL 1389/2023)	<ul style="list-style-type: none"> - Neuaufteilung des Fahrbahnquerschnitts auf dem Straßenzug Weidenauer Straße/Hagener Straße/Sandstraße - Einrichtung eines Radfahrstreifens mit Freigabe für den Linienbusverkehr - Verbleib eines Kfz-Fahrstreifens je Fahrtrichtung 	<ul style="list-style-type: none"> - Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und Radverkehrs - Veränderung des Modal Split zugunsten des Umweltverbundes - Verlagerung von Kfz-Verkehr auf die HTS → langfristige Strategie zur intensiveren Nutzung des Umweltverbundes - Erhöhung des Abstands zwischen Wohnbebauung und Kfz-Verkehr
2	ÖPNV-Beschleunigung	<ul style="list-style-type: none"> - Herstellung einer ÖPNV-Beschleunigung mittels ÖV-Bevorrechtigung an Lichtsignalanlagen im Verlauf Koblenzer Straße/Sandstraße/Hagener Straße/Weidenauer Straße - Pilotprojekt wurde bereits umgesetzt und befindet sich in der Testphase 	Attraktivitätssteigerung des ÖPNV
3	Geschwindigkeitsreduzierung auf Hauptverkehrsstraßen zum Lärmschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung von Geschwindigkeitsreduzierungen auf betroffenen Streckenabschnitten der Hauptverkehrsstraßen - Geprüft wird die Reduzierung während der Nachtstunden und während des gesamten Tages - Prüfung der Umsetzbarkeit erfolgt in Abwägung weiterer Randbedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Verringerung des Geschwindigkeitsniveaus auf lärmbelasteten Streckenabschnitten - Homogenisierung des Verkehrsablaufs
4	Umsetzung Geschwindigkeitskonzept	Schrittweise Umsetzung des beschlossenen Konzeptes (VL 1335/2023)	<ul style="list-style-type: none"> - Homogenisierung des Geschwindigkeitsniveaus - Ausweitung von Tempo 30
5	Ausweitung Fahrradstraßen	Planung weiterer Fahrradstraßen, um Bedeutung des Radverkehrs weiter hervorzuheben	<ul style="list-style-type: none"> - Attraktivitätssteigerung des Umweltverbundes - Homogenisierung des Geschwindigkeitsniveaus

3.3 Langfristige Strategien zum Schutz vor Umgebungslärm

Langfristiges Ziel der Universitätsstadt Siegen ist die nachhaltige Steigerung des Modal Split-Anteils des Umweltverbundes und die damit verbundene Verringerung des MIV-Anteils.

Eine Verringerung wird gleichzeitig auch zu geringeren Lärmemissionen führen.

Dieses Ziel soll sowohl mit der Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes Mobilität als auch der

Erarbeitung und anschließenden Umsetzung eines durchgängigen städtischen Radverkehrsnetzes (VL 481/2021) erfolgen.

Weiterhin befindet sich ein Fahrradverleihsystem im Aufbau. Erste Verleihstationen sind bereits in Betrieb.

Die Gesetzgebung fordert langfristig eine Transformation des ÖPNV von herkömmlichen Antriebstechniken zu alternativen Antriebstechnologien. Erste Elektrobusse werden bereits eingesetzt.

3.4 Schutz ruhiger Gebiete

Lfd. Nr.	Name	Art des ruhigen Gebiets	Schutzmaßnahmen
1	Langenbachtal	Weitestgehend bewaldetes Bachtal mit naturnahen Quellsiefen und Ausweisung als Naturschutzgebiet	NSG
2	Tiergarten	Vollständig mit Laub- und Nadelwald bestandener Bereich mit zahlreichen Waldwegen und Erholungseinrichtungen (Waldlehr- und Pilzlehrpfad) sowie einem Wildgehege. Geplante Ausweisung als Urwald, verbunden mit einem (forstlichem) Nutzungsverzicht für 100 Jahre	
3	Trupbacher Heide	Großflächige Offenlandbereiche (Heiden, Magergrünland) in Plateaulage im Wechsel mit Laub- und Nadelwaldbeständen und zwei Bachtälern.	NSG und FFH - Gebiet
4	Häusling	Innerstädtisches Naherholungsgebiet mit Rundwanderwegen und Erholungseinrichtungen (Ruhebänke, Trimm-Dich-Pfad).	
5	Dautenbach / Volnsberg	Großflächige Laub- und Nadelwaldbestände östlich der Ortslagen Weidenau und Bürbach mit zahlreichen ausgewiesenen Wanderwegen und dem Aussichtsturm Rabenhain. Intensiv genutztes Naherholungsgebiet der Siegener Stadtbevölkerung	

Die georeferenzierten Daten der fünf ausgewiesenen Gebiete werden übermittelt und zusätzlich im Anhang dargestellt.

4. Mitwirkung der Öffentlichkeit

4.1 Zeitraum der Öffentlichkeitsbeteiligung

Voraussichtlich 14.02 bis 13.03.2024

4.2 Art der öffentlichen Mitwirkung

Eine Beteiligung erfolgt durch Offenlage im Rathaus Geisweid.

4.3 Berücksichtigung der Ergebnisse der Mitwirkung der Öffentlichkeit

Erfolgt nach erfolgreicher Beteiligung im Frühjahr 2024.

5. Evaluierung des Aktionsplans

5.1 Eine regelmäßige Überprüfung für die Umsetzung der geschilderten Maßnahmen ist vorgesehen.

Eine regelmäßige interne Überprüfung der Maßnahmen findet statt.

5.2 Regelungen für die Überprüfung der Wirksamkeit des Lärmaktionsplans sind im Zuge der weiteren Fortschreibung vorgesehen.

Eine regelmäßige interne Überprüfung der Maßnahmen findet statt.

6. Inkrafttreten des Aktionsplans

Sommer 2024

ANHANG 2

Hinweise zur neuen Ermittlung der Betroffenen Anzahl in der Lärmaktionsplanung Stufe 4 durch das LANUV NRW:

Die Statistik beinhaltet die Belastetenzahlen pro Kommune nach BEB und die Angaben zu den gesundheitlichen Auswirkungen. Die Ermittlung der gesundheitsschädlichen Auswirkungen mit der Anzahl der stark Belästigten, stark Schlafgestörten und ischämischen Herzkrankheiten erfolgt entsprechend Anhang III der Umgebungslärmrichtlinie auf der Basis der dort enthaltenen Expositions-Wirkungs-Beziehungen getrennt für jede Lärmquellenart. Diese Beziehungen basieren auf epidemiologischen Studien, die die WHO im Rahmen der „Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region“ veröffentlichte und gelten für ausreichend große, repräsentative Bevölkerungspopulationen. Für kleinere Populationen sind die Ergebnisse nicht in jedem Fall repräsentativ.

Weitere Informationen finden Sie bitte in Kapitel 6.6.2 „LAI-Hinweise zur Lärmkartierung“:

https://www.lai-immissionsschutz.de/documents/lai-hinweise-laermkartierung-2022_1654006649.pdf

Mit der aktuellen Anpassung der BEB ergibt sich eine Änderung bei der Ermittlung und Berechnung der Belastetenzahlen gegenüber der VBEB. Diese hat eine erhebliche Auswirkung auf die berechnete Anzahl der Belasteten.

An die Stelle der bisherigen Gleichverteilung der Einwohner des Gebäudes auf alle Fassadenpunkte gemäß VBEB tritt in der BEB das sogenannte Median-Verfahren. Damit wurde in der europäischen Harmonisierung eine Kompromisslösung gegenüber der bislang in vielen EU-Ländern angewandten Methode gefunden, bei der sämtliche Einwohner des Gebäudes dem lautesten Fassadenpunkt zugewiesen werden.

Das Median-Verfahren sieht analog dem Verfahren zur Gleichverteilung vor, dass die Lärmbelastung für alle, gleichmäßig um das Gebäude verteilten Fassadenpunkte, berechnet wird. Von diesen Pegeln wird der Median-Wert gebildet und die leisere Hälfte der Berechnungspunkte verworfen. Die Gesamtzahl der Einwohner des Gebäudes werden gleichmäßig auf die verbliebene lautere Hälfte der Berechnungspunkte verteilt. Bei einer ungeraden Anzahl von Fassadenpunkten wird der leiseste Punkt vor der Bildung des Median-Wertes verworfen. Beim Fluglärm werden alle Bewohner eines Gebäudes dem lautesten angrenzenden Immissionspunkt zugeordnet. Das genaue Verfahren, sowie die Ermittlung der lärmbelasteten Flächen innerhalb von Gebäuden, ist in Testaufgaben konkretisiert. Mit dem Median-Verfahren werden Bewohner, die bisher nach der Methode der Gleichverteilung, einem leiseren Fassadenpunkt der Rückseite des Gebäudes zugewiesen wurden, nunmehr der lauterer Vorderseite zugeordnet. Dadurch kann es zur Verschiebung der Lärmbelasteten um eine oder mehrere Pegelklassen nach oben kommen. Im Ergebnis werden beim Median-Verfahren deutlich mehr belastete Menschen in den zu kartierenden Pegelklassen ausgewiesen.

Weitere Informationen finden Sie bitte in Kapitel 6.6.1 „LAI-Hinweise zur Lärmkartierung“:

https://www.lai-immissionsschutz.de/documents/lai-hinweise-laermkartierung-2022_1654006649.pdf

Die Betroffenen-Statistik beinhaltet die Anzahl der von Lärm belasteten Personen für die Lärmindizes LDEN und LNight in den entsprechenden Pegelbändern („55-59“ = „ab 55 bis 59 dB(A)“). Weiterhin sind die Anzahl der betroffenen Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und die belastete Fläche für den Lärmindex LDEN in den Pegelbereichen ab 55; ab 65; ab 75 dB(A) angegeben.

Für die Straßen wurden außerdem Betroffenen-Statistiken getrennt nach den Straßengattungen

(Autobahn – STR_A; Bundesstraße – STR_B; Landesstraße – STR_L) erstellt. Hierbei wurden die Betroffenen der maßgeblichen einwirkenden Lärmquelle zugeordnet.

Erläuterung zur Erfassung der Betroffenen an der maßgeblich einwirkenden Straßengattung:

Für die Fassadenpunkte wurde neben dem Gesamtpegel aller einwirkenden Straßen auch ein Pegel der maßgeblich einwirkenden Straßengattung ermittelt. Wobei hier 3 mögliche Fälle unterschieden werden können:

1. Einwirkung von mindestens 2 Straßengattungen, wobei die maßgebliche Straßengattung mit mehr als 3 dB(A) Unterschied einwirkt:

Mindestens eine Straßengattung wirkt mit mehr als 3 dB(A) Unterschied auf den Fassadenpunkt ein und mindestens eine Straßengattung wirkt mit mehr als 55 dB(A) für LDEN und mehr als 50 dB(A) für LNight ein, dann wird neben dem Gesamtpegel der einwirkenden Straßengattungen auch der Pegel der maßgeblich einwirkenden Straßengattung ermittelt und die Betroffenen entsprechend dieser Straßengattung zugeordnet. Z.B.: Fassadenpunkt mit einem Immissionspegel für LDEN von ca. 66 dB(A) für alle einwirkenden Straßengattungen (hier Autobahn mit ca. 65 dB(A) und Bundesstraße mit ca. 60 dB(A)) wird ebenfalls den Immissionspegel für die Autobahn mit ca. 65 dB(A) enthalten. Somit wird der Fassadenpunkt und damit die Betroffenen mit ca. 65 dB(A) zur Straßengattung Autobahn gezählt werden

2. Einwirkung von mindestens 2 Straßengattungen, welche mit weniger als 3 dB(A) Unterschied am Fassadenpunkt einwirken:

Keine Straßengattung wirkt mit mehr als 3 dB(A) Unterschied auf den Fassadenpunkt ein und die Straßengattungen wirken mit mehr als 55 dB(A) für LDEN und mehr als 50 dB(A) für LNight ein, dann wird neben dem Gesamtpegel der einwirkenden Straßen auch der Pegel der einzelnen einwirkenden Straßengattungen ermittelt und die Betroffenen entsprechend den Straßengattungen zugeordnet, d.h. hier kann es eine Doppelzuweisung der Betroffenen geben. Z.B.: Fassadenpunkt mit einem Immissionspegel für LDEN von 58 dB(A) für alle einwirkenden Straßengattungen (hier Autobahn und Bundesstraße) könnte ebenfalls die Immissionspegel für die Autobahn und die Bundesstraße mit jeweils 55 dB(A) enthalten. Somit würde der Fassadenpunkt und damit die Betroffenen sowohl zur Straßengattung Autobahn als auch zur Straßengattung Bundesstraße gezählt werden.

3. Keine Straßengattung wirkt mit mehr als 55 dB(A) für LDEN und mehr als 50 dB(A) für LNight am Fassadenpunkt ein:

Neben dem Gesamtpegel der einwirkenden Straßengattungen wird kein Pegel für die einzelnen einwirkenden Straßengattungen ermittelt. Z.B.: Fassadenpunkt mit einem Immissionspegel für LDEN von 56 dB(A) für alle einwirkenden Straßengattungen (hier Autobahn mit 53 dB(A) und Bundesstraße mit 53 dB(A)). Für die einzelnen Straßengattungen wird kein Immissionspegel ermittelt.

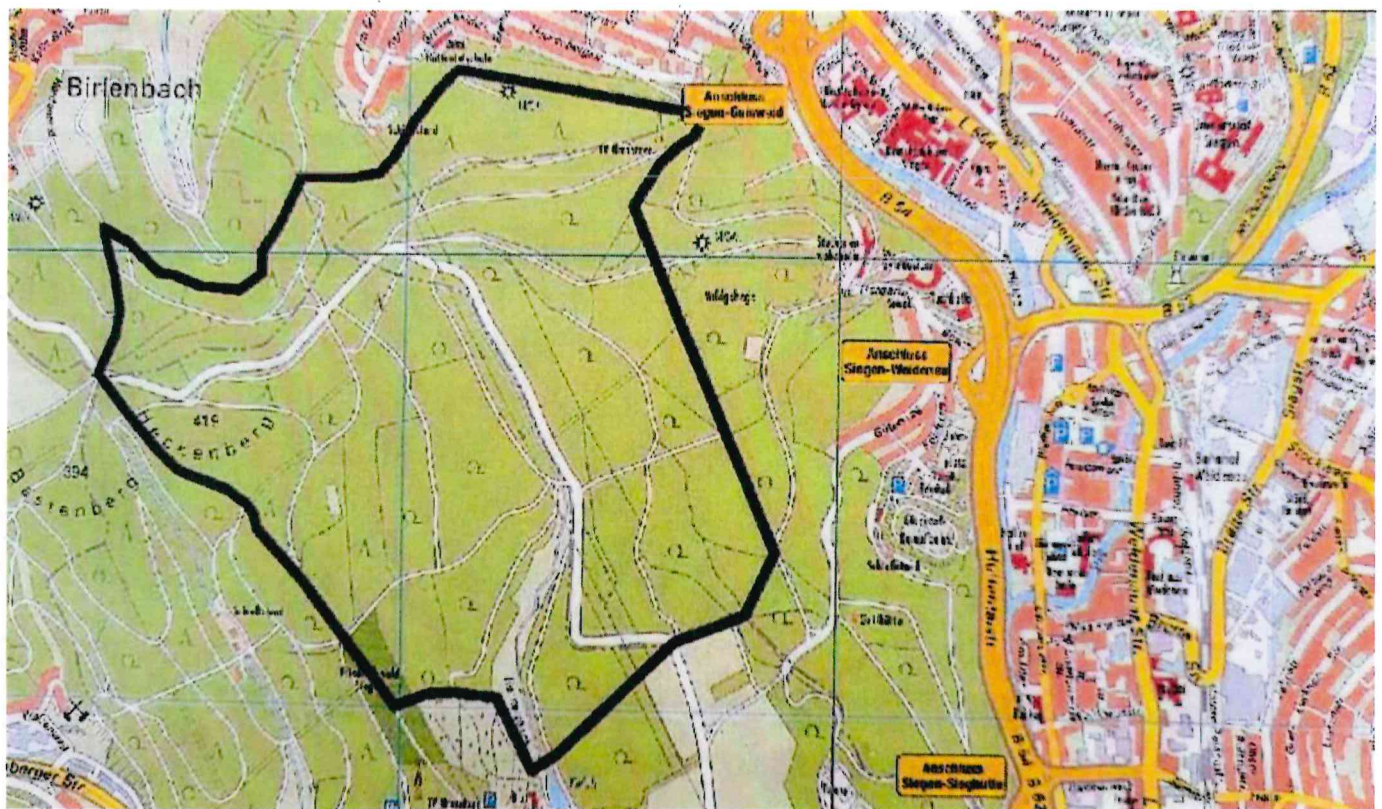
Lärmaktionsplanung, Stufe 4

Ruhige Gebiete

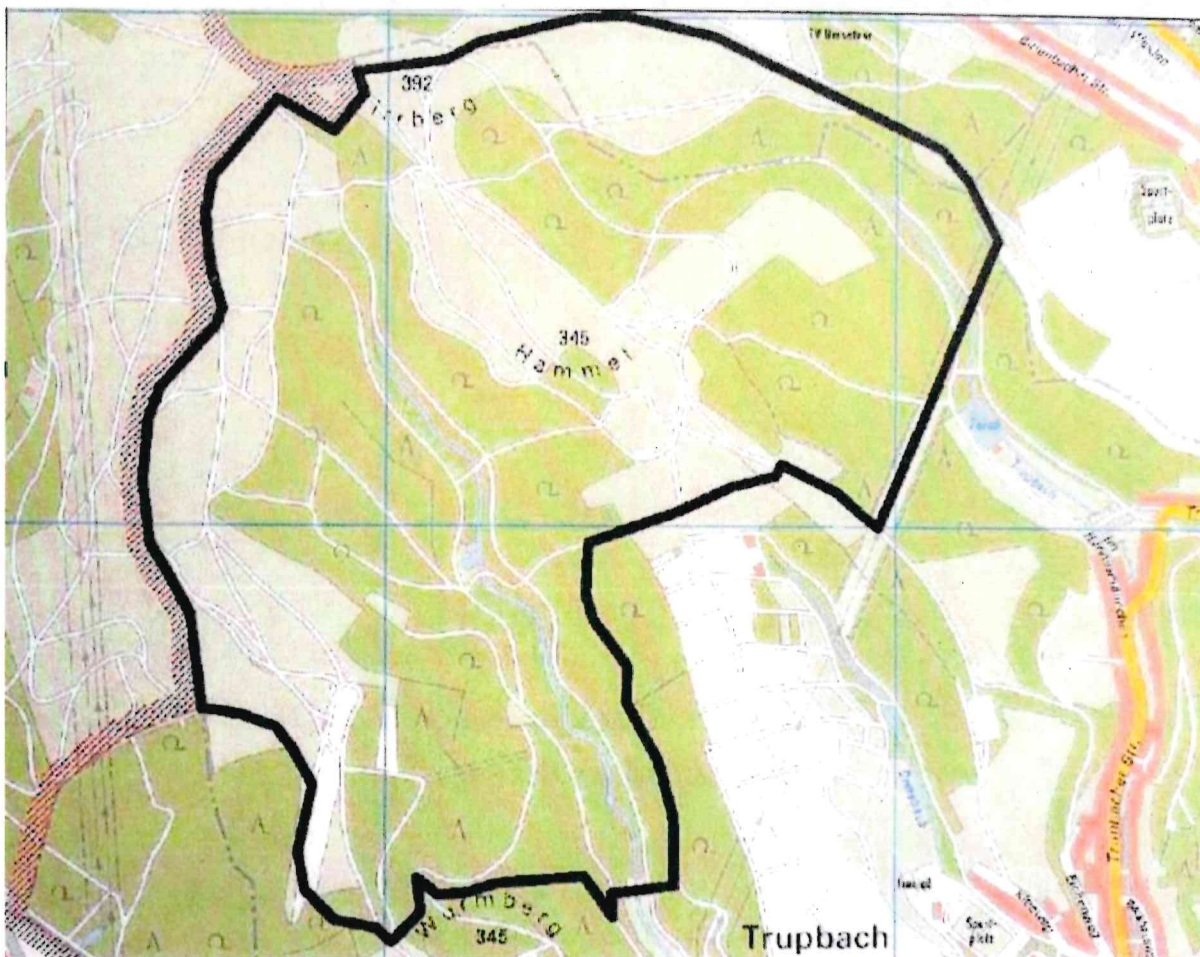
Ruhiges Gebiet „Langenbachtal“



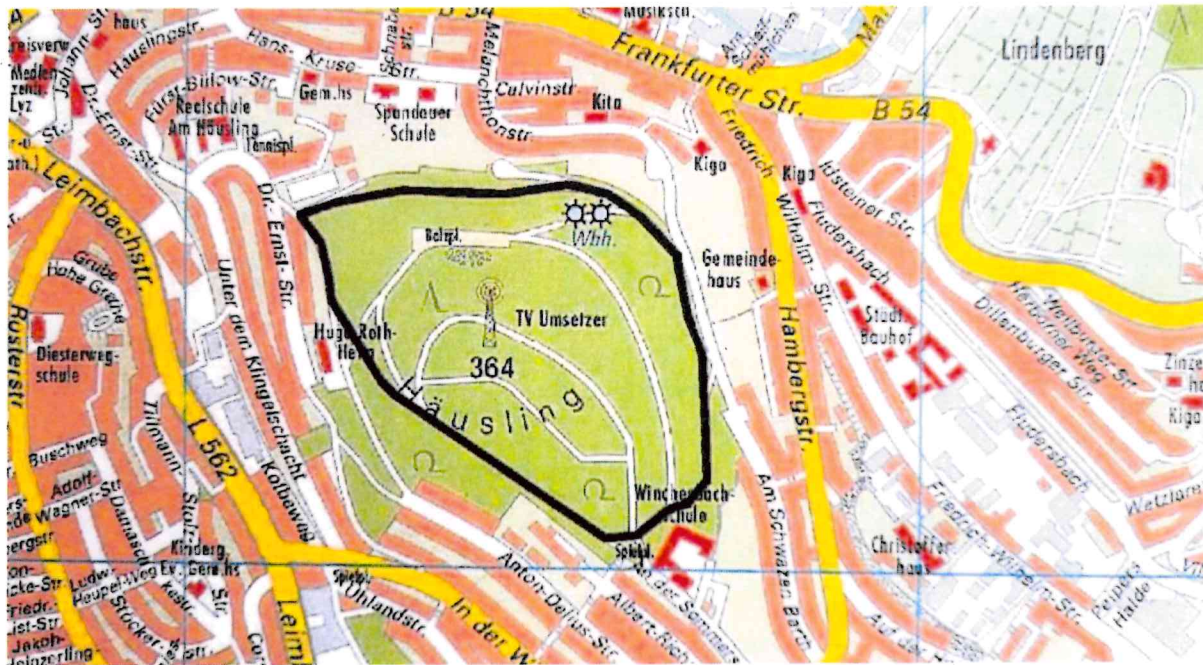
Ruhiges Gebiet „Tiergarten“



Ruhiges Gebiet „Trupbacher Heide“



Ruhiges Gebiet „Häusling“



Ruhiges Gebiet „Dautenbach / Volnsberg“

